

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. März 1936
12. Jahrgang, Nummer 66

Preis: jährlich 3,00 Mk., monatlich 0,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Mk., unter Einband 3,50 Mk.
Kreisausschreibung: Die Jahrgangspostämter der Reichspostämter
Nr. 12 Pf., Vereins- und Bestandsanzeigen 6 Pf., Kellner-
Karte: Die dreifarbigen Postämter der Reichspostämter
Nr. 10 Pf., — Schlus der Inseraten-Annahme u. der Haupt-Exposition
18 Uhr, in den Illustrierten am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abonnementpreise: Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.
Postkontingent: Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.
Einzelpreis: Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.
Wannas bis Freitag von 17-18 Uhr. Illustrierte Beilage:
Gleitweg, Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.
Gleitweg, Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.
Gleitweg, Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.
Gleitweg, Berlin 10, Krefeld 10, Köln 10, 100 Pf.

Polenvertrag unterzeichnet

Deutsch-polnischer „Wirtschaftsfrieden“ als Grundlage gesteigerter Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion

Warschau, 18. März. Das deutsch-polnische Handelsabkommen ist gestern in Warschau paraphiert (d. h. mit den Anfangsbuchstaben der Unterhändler der beiden Regierungen unterzeichnet) worden. Der Wortlaut des Handelsvertrages soll im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden.

Die polnische Regierungskrise

Durch die Annahme eines Misstrauensantrages im Sejm gegen den Arbeitsminister Prytkor wurde der Rücktritt der Regierung Bartel herbeigeführt. Zum fünften Male war der Faschist Prof. Dr. Kozmicki von Piłsudski auf den Posten des Ministerpräsidenten berufen worden. Er hatte die Aufgabe, die faschistische Verfassungsänderung im Sejm durchzusetzen. Es ist durchaus möglich, daß er zum sechsten Male mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut wird.

Die „Opposition“ gegen den Regierungsbund Piłsudski (die Nationaldemokraten und die Sozialfaschisten) kämpft im wesentlichen nur um die Vermehrung und Stärkung ihrer Positionen im kapitalistischen Staatsapparat. In den Grundfragen der Innen- und Außenpolitik herrschen vom extrem-faschistischen Flügel der polnischen Bourgeoisie bis zu den Sozialfaschisten keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten.

Die kapitalistische Presse ganz Europas bezeichnet die deutsch-polnische Verständigung als eine der wichtigsten Etappen auf dem Wege der „Pazifizierung“ Europas. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Herren unter der Pazifizierung Europas nichts anderes verstehen

als die Vereinigung des kapitalistischen Europas zum Kriege gegen die UdSSR.

Der polnisch-deutsche Antagonismus ist durch den Vertrag durchaus nicht beseitigt.

Er gründet sich auf ein ganzes Bündel von Gegensätzen, die zu entwirren die Bourgeoisie Polens und Deutschlands bei weitem nicht fähig ist. Über innerhalb eines neuen Versuchs der Stabilisierung des Kapitals in internationalem Maßstab, wie es der Young-Plan ist, unter einem gewissen Druck der englisch-amerikanisch-französischen Finanzkreise, mußten Polen und Deutschland irgendein vorübergehendes Kompromiß finden.

Das polnisch-deutsche Abkommen berührt eine Reihe besonderer Interessen einzelner Gruppen der Deutschen und der polnischen Bourgeoisie. Auf deutscher Seite erheben die Polenbarone und vor allem die Großgrundbesitzer, die sich durch die polnische Konkurrenz geschädigt fühlen, ein großes Geschrei. Die Nationalisten protestieren gegen den angeblichen Verzicht Deutschlands auf den Korridor. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb z. B. bei der Unterzeichnung des Liquidationsabkommens, daß die Regierung, die dieses Abkommen unterschrieben hatte, binnen 24 Stunden gestürzt werden könne.

Die Opposition gegen den Vertrag ist aber in der Praxis ein Ausfall gegen den Nachbar. Die gewaltigen Interessen des Finanzkapitals (dieses Finanzgruppen sind zu beiden Seiten der Grenze tätig) und die Notwendigkeit der Konsolidierung des Antifaschistischen Blocks zwingen Deutschland wie Polen, ein saules Kompromiß zu schließen.

auch ihre militärischen Fehler mit aller Schärfe kritisiert. Man unterließ nach dem Siege vom 18. März die sofortige Entwaffnung und Einkerkelung der Gegenrevolutionäre, ließ sie vielmehr sicher nach Versailles entkommen, ja, man gestattete ihnen sogar, sich wieder zu sammeln und in Paris feste Stützpunkte zu schaffen.

Als entscheidenden militärischen und politischen Fehler bezeichnete Marx, „daß man nicht sofort auf das damals hilflose Versailles marschierte und damit den Verschönerungen des Thiers und seiner Krautjunker ein Ziel setzte“. Mit anderen Worten,

der entscheidende Fehler der Kommune war es, daß sie nicht vom Moment des siegreichen Aufstandes an ihr Handeln unter den militärischen Gesichtspunkt der völligen Vernichtung des Gegners stellte,

daß sie nicht sofort die Offensive ergriff, sondern in der Defensive verharrte, die nach Engels' Worten „der Tod jeder bewaffneten Erhebung“, daß sie nicht rücksichtslos die Frage des Bürgerkrieges stellte, sondern hoffte, die Aufgaben der proletarischen Revolution mit anderen Mitteln, Verhandlungen usw. lösen zu können.

Die russische Oktoberrevolution hat aus diesen Lehren der Kommune gelernt, und auch das deutsche Proletariat wird aus den Lehren der Jahre 1871 und 1917 seine Lehren ziehen.

Nun erst recht!

Trotz Hetze, Drohung mit Knüttel
wir kämpfen weiter
für dich und deine Klasse!

Sammelt für den Kampffonds!
Werbt Abonnenten für die Arbeiter-Zeitung!
Werbt neue Mitglieder für die KPD.!

Die Reichsanstalt hält Unterstützungsgelder der Erwerbslosen zurück

Wie durch Anschlag in den Stempelstellen bekannt gemacht wird, sollen nunmehr auch von den Erwerbslosen, ähnlich wie bei den Arbeitern in den Betrieben, Unterstützungstage zurückgehalten werden respektive stehen bleiben. War es bisher der Sonnabend, der nicht zur Auszahlung gelangte, so soll diese Woche der Freitag stehen bleiben, nach und nach kommt man dann dazu, daß die ganze Woche, wie bei der Industrie, stehen bleibt. Während die Beamten nicht nur einen Monat im voraus ihr Gehalt erhalten, sondern die höheren ein ganzes Quartal, sollen die Erwerbslosen bei ihren „horrenden“ Unterstellungen den Dalkes in der Reichsanstalt verschleiern helfen. Arbeiter! Wehrt euch gegen eine derartige Zumindehung. Schließt euch zusammen zur Abwehr jeder Verschlechterung!

Märzrevolution 1848 und Pariser Kommune

Der 18. März - Zwei Traditionen

„Die sogenannten Revolutionen von 1848 waren nur kleine Zwischenfälle — geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft. Aber sie zeigten den Abgrund.“ So analysiert Marx am 19. April 1856 die bürgerlichen Revolutionen von 1848. — Das heißt, nicht nur die erst begonnene bürgerliche Revolution in Deutschland (die März-Revolution), sondern auch die Februar-Revolution in Frankreich. Sie waren nur kleine Zwischenfälle — geringfügige Spalten. Nur der Abgrund war aufgezeigt: Die Kluft zwischen den Klassen — der Bourgeoisie und dem Proletariat, das noch bis zur Revolution von 1848 und noch während derselben — hauptsächlich in Deutschland — für die Interessen seines eigenen Feindes kämpfte.

Warum der Riß? Warum zeigten die vollzogenen Revolutionen erst den Abgrund? Die Antwort liegt in der Rolle, die die nach „Freiheit“ strebende Bourgeoisie in den Jahren um 1848 gespielt hat. Ihr Freiheitsprogramm erschöpfte sich mit Freiheit des Handels, und war diese wichtigste Forderung erfüllt, so ließe sich schon über alle anderen Forderungen, wie Pressefreiheit, Gewissensfreiheit usw. reden. Denn der berühmte Ruf nach der „Verfassung“ in Deutschland noch auch Karl nach Rattunfabrikant und Rattunhändler.

So mußte das Proletariat nach 1848 der bourgeoisen Demokratie sagen, was es von ihr eigentlich denkt. Und das Proletariat verkündete den verschiedenen Ganjemännern und Campfhäusern und wie alle diese Bourgeois und Kleinbürgerlichen Demokraten heißen mögen, daß das, was bis jetzt war, der Kampf gegen die Monarchie, nur das Wortspiel zum eigentlichen Kampf sei, der für das Proletariat erst mit der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie beginnt.

Der 18. März von 1871, die Pariser Kommune, hat sich die Verwirklichung dieses Programms zum Ziel gesetzt. „Die Proletarier von Paris — verkündete das Jf. der nationalen Garde in seinem Manifest vom 18. März —, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klasse haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihres eigenen Geschicks zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen.“ So erfolgte prompt die Antwort von Thiers. Die Pariser Kommune proklamiert er der „zivilisierten Welt“, sei „eine Dankschuld von Verbrechern“. Denn diese „Verbrecher“ haben unter anderem die wahre „Liebe zur Nation“ des Herrn Thiers erkannt: Durch den Verrat von Paris und Frankreich sollte das Pariser Proletariat mit Hilfe von Bismarcks Husaren entwaffnet werden. Seitdem ist die internationale Front zwischen Kapital und Arbeit klar: Hier die

Thiers und die Bismarcks, da die Kommune und die Arbeiter der ganzen Welt.

Tausende Kämpfer, Tausende namenlose Helden fielen auf den Pariser Barricaden, weil sie ein Programm der „sozialen Republik“ aufgestellt hatten.

Marx und Engels haben die gewaltigen Errungenschaften der Kommune, ihren Heroismus und ihre untergegangenen Verdienste festgehalten. Sie haben aber gleichzeitig ihre Fehler und nicht zuletzt

Pius XI. duldet Leichenschändung

Jeder Schritt auf dem Wege zur materiellen und ideologischen Befreiung der werktätigen Massen der Sowjetunion geschieht in einer Atmosphäre des wachsenden Klassenkampfes sowohl innerhalb als auch außerhalb der UdSSR. Der Erfolg der ersten anderthalb Jahre des Fünfjahresplanes und die rasche Befreiung der Massen vom reaktionären Gift haben die gesamte schwarze Reaktion in den Ländern des kapitalistischen Westens auf die Beine gebracht. In den Spalten der bürgerlichen und der sozialistischen Presse, in Parlamenten, auf öffentlichen Versammlungen, überall werden nun die niederträchtigsten Verleumdungen gegen die Sowjetunion ausgekreut, in der angeblich die Gläubigen verfolgt würden.

Kürzlich erlangt diese Verleumdung aus dem Munde der höchsten Autorität der Kirchenhierarchy — des Papstes Pius XI. In seinem Schreiben an den Kardinal, Vikar Basilico Pompiglii, veröffentlicht im „Osservatore Romano“, ruft er heuchlerisch betrübt aus:

„Wir sind betrübt angesichts der erschreckenden und gotteslästerlichen Uebeltaten, die tagtäglich aufs neue gegen Gott und das Heil begangen werden unter den zahlreichen Völkern Rußlands, die unserm Herzen so teuer sind.“

Am empörendsten ist der Umstand, daß die Pfaffen aller Schattierungen sich dabei in die Loge von „Verteidigern der Gewissensfreiheit“ drapieren.

Es sind die gleichen Leute, die in ihren eigenen Ländern nicht nur die Atheisten und Freidenker verfolgen, sondern auch einen höchst erbitterten Kampf gegeneinander führen. Es sind dieselben Leute, die alle Andersdenkenden und Ketzer auf den Scheiterhaufen schickten und später, als andere, freie Ketten gekommen waren und es nicht mehr anging, Menschen bei lebendigem Leibe zu verbrennen, legerliche Schriften auf öffentlichen Plätzen verbrannten. Der Papst, der sich hier zum Verteidiger der Gewissensfreiheit aufwirft, gibt bis auf den heutigen Tag eine „Liste der verdammten Bücher“ heraus, auf der unter anderem auch die Werke Charles Darwins stehen.

Im Verlag für Kulturpolitik, Berlin, B. 60, erschien 1929 ein Buch von B. S. v. Korotkow (übersetzt von Dr. Rudolf Pantz), mit

dem Titel: „Polens Auferstehung“. Aus einem besonderen Kapitel über die Kämpfe zwischen Orthodoxie und Katholizismus entnehmen wir folgende Zeilen:

„In Polen dürfte es kaum eine ernstere politische Frage geben, die nicht mit Fragen der Religionspolitik verknüpft ist. Die Kämpfe der politischen Parteien wie die der Religionskriege zeigte, daß Kämpfe zwischen Parteien und Religionen am so erbitterter geführt werden, je näher sie einander stehen, und die Schärfe des Kampfes, den der Katholizismus durch die Polen mit Wort und Tat gegen die Orthodoxie führt, bestätigt diese Regel. Auf dem Friedhof in Wola bei Warschau, den ich besucht habe, und der zur Hälfte katholisch, zur Hälfte orthodox ist, habe ich

Dutzende von orthodoxen Gräbern offen gesehen, die Knochen waren herausgeworfen, die Leichentücher zerrissen, Säbelspielen mit den Schädeln.

Es gingen Legenden, daß die Russen ihre Verworfenen an Stellen beerdigt hätten, wo früher Polen begraben worden waren, und dieser Legenden halber waren Denkmäler und Statuen zerstört, Porträts an den Gräbern die Augen ausgestochen, Mosaiken der Heiligenbilder herausgerissen worden. Die Polen teilten fernher den Friedhof von neuem in einen kleineren orthodoxen und einen größeren katholischen Teil, wobei sie sich ein großes Stück aneigneten, auf dem seit Jahrhunderten Orthodoxe beerdigt worden waren. Indem sie immer neue Stulke in Besitz nahmen, gruben sie systematisch die Reste der dort beerdigten Orthodoxen aus und warfen sie direkt auf die Straße, und zwar unter Verpöhlungen und Schimpereien mittelalterlicher Art. Und dies geschah im 20. Jahrhundert, in der Hauptstadt Polens, vor den Augen kultivierter Menschen, der fremden Missionen und des päpstlichen Nuntius Monsignore Ratti, des jetzigen Papstes.

Vorstellungen bei diesem und dem Warschauer Kardinal Katowski anderten nicht an der Lage, und die Schändungen des orthodoxen Friedhofes und orthodoxer Kirchen dauern bis heute an.

Morgen ist der päpstliche Gebetsstag gegen den Bolschewismus. Heraus zum Kampf gegen die Sowjetunion!

Berufsschule und Proletarierjugend!

Eine Anklage im Landtag — Folgen der Lehrlingsjücherei — Zum Selbstmord getrieben — Kämpft mit dem Jugendverband!

Im Zusammenhang mit der Beratung des Etats für das Gewerliche Unterrichtsweesen wurde im Landtag der preussische Handelsminister ab seines Programms zur „Neugestaltung der Ausbildung der Gewerbeschüler und Lehrlinge“ gewöhnlich, insbesondere wurde von der SPD. und ihrer Presse gerühmt, daß nunmehr jedem Lehrling schon den „Marshallstab“ in den Betrieb mitzubringen, indem nun auch mehr Werkstoffe zur Gewerbeschulerausbildung zugelassen und durch eine gute Berufsschulausbildung, dem Tüchtigen seine Bahn zum Aufstieg geschaffen werden solle.

Gen. Duddins

In einer wirkungsvollen Rede diese demagogischen Märchen von der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie grausam zerlegt. Selbst nach Angabe des Ministers werden in den nächsten fünf Jahren nur 600 Berufsschullehrer gebraucht, also nur jährlich 120 Bewerber zur Ausbildung zugelassen. Von einer „Durchbrechung des Bildungsprivilegs“ kann auch keine Rede sein, denn durch die Gleichstellung vor dem Gesetz ändert sich nichts an der materiellen Lebensstellung.

In das Berufsausbildungsgezet sind die Massen jugendlicher Arbeiter auf dem Lande und die Fürsorgezöglinge nicht einbezogen. In der schlimmsten Lehrlingsjücherei wird nichts geändert, alle von den Gewerkschaften aufs heftigste bekämpften Bestimmungen der Lehrverträge sind vom Reichsarbeitsminister Wiffel in das Berufsausbildungsgezet übernommen. Die generelle Verlängerung der Lehrzeit auf vier Jahre ist eine schändliche Tatsache. Streiks jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge werden grundsätzlich durch das Gesetz verboten.

Wir Kommunisten verlangen Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden für alle Jungarbeiter- und Jungarbeiterinnen bis zu 18 Jahren ohne Verminderung des Lohns. Die 44stündigen Sonntagsruhe, beginnend Sonnabend mittag, muß durch das Berufsausbildungsgezet gesichert werden. Ebenso das Verbot jeglicher Nachtarbeit, Verbot des Kost- und Logiszwanges und des Duplikationss.

SPD-Minister Wiffel muß aus dem „Vorwärts“ wissen, daß j. B. bei 72 000 Säckergeleiten jedes Jahr 18 000 Säckerlehrlinge die Lehrzeit beenden. Das Ergebnis sind 32 000 arbeitslose Säcker. Nach dem „Vorwärts“ haben im vergangenen Jahr 125 Schneiderlehrlinge die Lehrzeit beendet, wovon sich sofort 104 arbeitslos melden mußten. Hand in Hand mit dieser Lehrlingsjücherei geht in den rationalisierten Betrieben die Verdrängung erwachsener Arbeiter durch Jugendliche. Die Preussische Gewerbeaufsicht stellt j. B. fest, daß in einer firmalenen Schuhfabrik früher drei Arbeiter täglich 400 Paar Schuhe puhten bei einem Lohn von 30—40 Mark die Woche. In ihre Stelle traten ältere Arbeiterinnen, die am laufenden Band 850—900 Schuhe bei einem Wochenlohn von 30—35 Mark puhten. Jetzt leisten diese Arbeit 16jährige Mädchen für einen Wochenlohn von nur 18 Mark die Woche. Das ist der „Aufstieg“ zu den „höheren Berufsregionen“, von dem jowiel die Rede ist.

Der Ministerialdirektor Mertens behauptet, daß nur in zwei Fällen in den Berufsschulen die Anwendung der Prügelstrafe bekannt geworden sei, das ist eine ministerielle Lüge. Genosse Duddins belegt das mit zahlreichen Beweisen. Als charakteristisches Beispiel davon sei der Fall des Direktors Eberdrolh in Linen angeführt. Dieser Schinder hat einen 17jährigen Formierlehrling gezwungen, zwölf wegen Krankheit veräumte Schulstunden nachzuholen. Er hat ihn sogar während der Mittagspause in der Schule festgehalten, wodurch er nicht einmal Mittagessen einnehmen konnte.

Auf das Gemüt des Schülers hat das so gewaltig eingewirkt, daß er sich am folgenden Tage im Hofe erhängte.

Nur die individuellen Prügeleien in den Berufsschulen stigte Genosse Duddins auch zahlreiche Beispiele aus Berlin an. Neben der Prügelei werden auch noch unerbörte Strafmandate wegen jeder Kleinigkeit verhängt.

Wir Kommunisten haben die Genugtuung, daß wir uns bei anderen Forderungen auf die erfolgreiche Praxis im Berufsschulwesen der Sowjetunion stützen können, wo der Schutz der Jugendlichen auf jedem Gebiet gewahrt wird. Die Fabrikschulen der Sowjetunion sind Musterbeispiele in sanitärer, berufspädagogischer und berufsberechtigter Beziehung. Die deutsche Proletarierjugend wird unter Führung der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Partei ihren Forderungen im Kampfe Geltung verschaffen!

Bolschewistische Arbeit: gute Erfolge!

Rote Betriebsräte im Vormarsch

Bei den Betriebsratswahlen in den Bayerischen Motorenwerken (bisher Dign-Werke-Essenach) errang die Liste der roten Betriebsräte die überwältigende Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Im vergangenen Jahre waren die revolutionären Betriebsräte auf der freigewerkschaftlichen Liste aufgestellt. Inzwischen wurden sie aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Trotz dieser Tatsache der Reformisten war das Ergebnis der diesjährigen Wahl folgendes:

Opposition	847	Stimmen
Sozialfaschisten	209	„
Christlich-Deutsche	121	„
Christen	81	„

In dem Textilbetrieb Thümler, Chemnitz, erzielte die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition 32 Stimmen,

die der Reformisten nur 28 Stimmen. Die Reformisten hatten auf ihrer Liste nur zwei Gewerkschaftsmitglieder und sechs Unorganisierte aufgestellt.

Nachdem die revolutionäre Opposition bereits in den Geiswiler Drahtwerken die absolute Mehrheit gegenüber drei gegnerischen Listen erzielte, brachten die Wahlen im Betrieb der Vereinigten Oberbleichener Kattunwerke der Opposition ebenfalls einen Sieg. Es resultierten Stimmen:

Revolutionäre Opposition	80	Stimmen
Reformisten	28	„

So hat die Opposition überall dort, wo sie revolutionäre Massenarbeit leistet, gute Erfolge!

Wie uns die Ausbeuter fürchten

Ein Unternehmerrundschreiben gegen SPD. und rote Betriebsräte — Ihre letzte Hoffnung sind die Sozialdemokraten

Unser Bruderorgan der „Kämpfer“, Chemnitz, ist in der Lage, ein Rundschreiben des Verbandes der sächsischen Textilbarone zu veröffentlichen, das sich mit „der kommunistischen Hebelarbeit in den Betrieben“ beschäftigt. Dem Rundschreiben entnehmen wir:

„Seit Anfang dieses Jahres hat in allen Verbandsstellen eine außerordentlich lebhaftige Agitation der Kommunisten eingesetzt, die angesichts der bevorstehenden Betriebsratswahlen einen besonderen Höhepunkt erreicht. Es werden wilde Tarifforderungen gestellt, u. a. 15 Pf. stündliche Lohnsteigerung, fünfjährige Arbeitswoche usw. Da, wo die Betriebsleitung berechnigte Vorschläge zur Revision (!) der Tarifverträge einreicht, wird von den kommunistischen Häufelrührern zu einer radikalen Ablehnung und schließlich zum Streik aufgerufen.“

Auf diese Weise sind zahllose Unruherheerde entstanden und Unstände zu verzeichnen. Meist genügen einige wenige Kommunisten, um die Belegschaften, die erfahrungsgemäß erst nach eingetretenem Schaden den Mut zur Gegengewehr finden, zu vertrags- und tarifwidrigem Verhalten zu veranlassen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, dieser Bewegung, obwohl wir diese keineswegs übersehen wollen, größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle Forderungen bestimmt und folgerichtig abzulehnen, sowie in allen vertrags- und tarifwidrigen Fällen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Betrieb durchzugreifen. Es liegt im Interesse unserer Mitglieder, bei Einstellungen Vorsicht zu üben wie bei anderen Feststellungen darüber zu pflegen, ob politisch orientierte Agitatoren im Betrieb ihre dunkle Arbeit verrichten. Der vernünftig denkende Teil der Belegschaften (!) wird der Betriebsleitung für diese der Werksbefriedigung dienenden Sicherungen nur dankbar sein.“

Die Unternehmer fürchten rote Betriebsräte, fürchten die Kommunisten im Betrieb. Das beweist das Rundschreiben eindeutig. Nur lobend, als der vernünftig denkende Teil der Belegschaften, werden die sozialdemokratischen Anhänger oder die sozialfaschistischen Funktionäre indirekt erwähnt. Sie wenden sich ja gemeinsam mit den Unternehmern gegen „wilde“ Forderungen, sie sind, wie die Gelehen in der Vorkriegszeit, für die „Werksbefriedigung“. Das Rundschreiben ist zugleich eine Anerkennung der gesteigerten Aktivität der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Kommunisten im Betrieb. Das Rundschreiben der Unternehmer beweist, daß wir auf dem rechten Wege sind. Nun erst recht: Wählt rote Betriebsräte!

Blutige Zusammenstöße in Chemnitz

Chemnitz, 17. März. (Eig. Drahtb.) Dieselben sächsischen Minister und Polizeipräsidenten, die am 6. März alle Demonstrationen der Arbeiterschaft verboten, haben gestern dem Stahlhelm und den Falenkreuzlern erlaubt, in Chemnitz eine Straßenkundgebung zu veranstalten, die sich äußerlich zum Schein gegen den Young-Plan, in Wirklichkeit aber gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richtete. Die kommunistische Partei forderte das revolutionäre Proletariat von Chemnitz auf, sich der Faschisten zu erwehren. Als diese versuchten, die Arbeiterdortel zu erobern, wurden sie von großen proletarischen Massen empfangen und hielten sich blutige Kämpfe.

Nach den Saalkundgebungen der kommunistischen Partei waren die Arbeiter gestern mittag auf die Straße gezogen. In dem Augenblick, wo nationalsozialistische Sturmabteilungen den Zug zu sprengen versuchten und die Arbeiter im Laufschritt vorrückten, wurden sie von der Sippe mit aufgepflanztem Seitengewehr empfangen.

Unter dem Schutz der Bajonette verdufteten die Nazis und veranhierten sich durch Verprügelung einer Abteilung von Jungsozialisten und Reichsbankarbeitern. Natürlich war von den Reichsbankarbeitern bei diesem Überfall keiner zu sehen; nur die revolutionären Arbeiter verteidigten das Faschistengeleit.

Im Schutze von 60 Polizisten zu Pferde, sechs Heberfall- und acht Kampfwagen wagten am Nachmittag 400 uniformierte

Stahlhelmer und Nazis den Marsch in das proletarische Ortsviertel von Chemnitz anzutreten. Dort waren die Straßen ein einziges Meer von Menschen, das die Faschisten mit dem taufensachen Ruf empfing: „Nieder mit den Faschisten!“ An mehreren Stellen

wurde der Zug durchbrochen, wobei etwa 20 Stahlhelmmitglieder und Stahlhelmer Verletzungen abbekamen.

Mit blanken Säbeln schlugen die Veritlenen auf die Bewässerung ein. Auf den Heberfallwagen wurden die Mündungsdeckel von den geladenen Karabinern entfernt. „Gewehr zur Strafe frei! Es wird geschossen!“ — erscholl es von den Polizeiwagen, und schon knallten die Karabiner. Als die abmarschierenden Faschisten einen Zug demonstrierender Arbeiter überfielen, kam es zu einem

schweren Zusammenstoß,

in dessen Verlauf die Faschisten mit blutigen Köpfen heimgeschickt wurden. Acht von ihnen trugen ernsthafte Verletzungen davon; einer ist nach den Berichten der bürgerlichen Presse im Krankenhaus gestorben.

Mehrere Arbeiter wurden verhaftet, einige haben leichte Verwundungen erlitten. Auch die Polizei meldet eine Reihe von verwundeten Beamten.

Im Laufe des heutigen Tages überfielen nationalsozialistische Stoßtrupps die Straßenverkäufer des Chemnitzer kommunistischen Organs „Der Kämpfer“, wurden aber von zu Hilfe eilenden Arbeitern zurückgeschlagen.

Demonstration in Siegnitz

Der KFB. lebt — Die Polizei ist machtlos

Aus Siegnitz wird uns gemeldet: Am Denkmal der im Kapp-Putz Gefallenen veranstalteten die revolutionären Organisationen unter Führung der KFB. am Sonntag eine Kundgebung. Ein starkes Polizeiaufgebot konnte nicht verhindern, daß drei Arbeiter in Koffenfrontkämpfer-Uniform Kränze niederlegten und sprachen, und daß sich nach der Kundgebung ein starker Demonstrationzug durch die Hauptstraßen bewegte. Nur bei der Auflösung des Zuges gelang es, einige Arbeiter festzunehmen. Dabei wurde ein Polizeipolizist erlannt und gebührend zugerichtet.

Gefängnis für einen Rot-Front-Ruf

Katn, 17. März. (Eig. Meld.) Bei der am 27. Oktober 1929 stattgefundenen Kundgebung gegen das KFB.-Verbot, an die sich eine Demonstration angeschlossen, brachen die Teilnehmer wiederholt in Rot-Front-Rufe aus. Obwohl Kundgebung und Demonstration polizeilich genehmigt waren, verurteilte jetzt das Kölner Schöffengericht mehrere Arbeiter wegen des Rot-Front-Rufes zu der unerhört hohen Strafe von 4 bis 6 Wochen Gefängnis.

Selbst der bürgerliche „Dortmunder General-Anzeiger“ fragt: „Warum immer nur Härte gegen links?“, und spricht von einer „jeltamen Urteilsbegründung“.

Gute Zeiten für Bombenattentäter

Zwei neue Attentate — Die Täter werden seit einem halben Jahr „gesucht“ — Bomben für Severing?

Wahrscheinlich ist die größte Anzahl der sächsischen Bombenattentäter der norddeutschen Landvolkorganisation auf freien Fuß gesetzt worden. Einige andere von ihnen werden angeblich schon seit einem halben Jahre Redbrieflich verfolgt. Es handelt sich dabei um einen Elektrotechniker Alfred Kappenberg und den berüchtigten „Bahnenträger von Keimkammer“, den Landwirtschafselenden Hermann.

Trotz der angeblich so starken Verfolgung durch die Polizei haben sie jetzt wieder — hauptsächlich in Verbindung mit den aus der Haft entlassenen Venten! — zwei neue Bombenattentate verjucht, und zwar eines auf das Rathaus in Oldeslohe, Kreis Stormarn, und anschließend eines auf das Finanzamt von Neumünster.

Zu dem Attentatsversuch in Oldeslohe, der in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend vorgenommen wurde, wird jetzt folgendes bekannt:

Morgens gegen 6 Uhr fand die Keimkammerfrau im Kofferteller einen Koffer, der sich bei näherer Betrachtung als eine Höllenmaschine herausstellte. Sie ist nach genau demselben Prinzipien hergestellt worden wie jene Maschinen, die die nationalsozialistischen Bombenleger in den letzten Monaten verwendet hatten.

Der Zeiger des Weckers hatte früh um 4 Uhr den elektrischen Kontakt zwar ausgelöst, doch durch den Funken nur eine Schwattpulvermasse entzündet, die selbst erst die eigentliche Sprengmasse entzünden sollte.

Die gesamte bürgerliche Presse ist voll von schaurigen Schilderungen über das, was geschehen wäre, wenn die Sprengladung von etwa 10 Pfund explodiert wäre.

Aber sie ist eben nicht explodiert! Sie ist — zufällig von einer Keimkammerfrau zwei Stunden nach der vorgesehenen Explosion aufgefunden worden.

Das sind doch wiederum höchst merkwürdige Umstände. Sollten die Spitzel Severings hier wieder mehr ihre Finger im Spiel gehabt haben, als selbst die Nationalsozialisten und die Landvolk-Leute? Diese Höllenmaschinen sind Herrn Severing zwar etwas verpäteter, aber immerhin angenehme Reklamabomben für sein Republikstuchgejeht!

Ein „echter“ Verbandsfunktionär

Eine besondere Blüte, mit der wir allem Anschein nach noch recht oft werden befaßt sein müssen, ist der Funktionär Karl Peter, K. u. S. a. l. b. r. u. n. Seine vornehmste Tätigkeit besteht darin, mit Hilfe der Bezirksleitung Ausschlußanträge gegen oppositionelle Kameraden zu stellen. Er drückt radikale Phrasen, um bei seinen Kameraden als Klassenkämpfer zu gelten, ist aber in Wirklichkeit nicht besser als alle anderen Reformisten. „Kampf bis zum letzten Blutstropfen“ sagt Peter dem Vertreter von „Schlegel und Eisen“, Genossen Stefan, an, und zwar materiell. Also betrachtet Peter die Funktion als Nebenwerb. Auf sein Konto kommt der Ausschluß des Genossen Stefan aus dem Verbands. Der Ausschlußantrag des Hauptvorstandes besagt, daß eine Funktionärstätigkeit den Antrag gestellt habe. Die Funktionäre der Zählstelle, welche der Opposition angehören, sind zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden. Also eine Falschurteilung, und damit verstoßt Peter gegen die Gleichheit der Beschlüsse.

Die Kumpels, die mit diesem Musterfunktionär arbeiten müssen, schlucken schon manch bittere Pille. Er ist nicht nur überstürzter Anführer und Liebling des Steigers, sondern er prügelt Kameraden und schwärzt sie an. Seine Glanzleistung besteht darin, daß er für sein Drittel andere Kohlenzeichen geben ließ, weil seine Kameraden der anderen Drittel nach seiner Ansicht zu wenig liefen.

Ein solcher Funktionär macht den Vorzern die Ehre, die ihnen gebührt, treibt Verbandskameraden zu den Hirsch-Dunderschen und eckt andere ganz hinaus.

Wie lange werden die Kameraden noch solch schädliche Funktionäre leiden? Die Opposition wird diese Schädlinge zeichnen, wie es ihnen gebührt.

Erwerbslosenkundgebung gegen Pflichtarbeit

Die am 12. März tagende Erwerbslosenversammlung in Zirlau beschäftigte sich mit den von Seiten des Bezirksfürsorgeverbandes getroffenen Bestimmungen über Pflichtarbeit der ausgeübten Erwerbslosen. Genosse Ernst Engel las der Versammlung folgendes an ihn gerichtete Schreiben vom Bezirksfürsorgeverband vor, welches lautet: „Für die Ihnen vom Bezirksfürsorgeverband gezahlte Unterstützung von 90 Mark monatlich sind von Ihnen 102 Stunden monatlich Pflichtarbeit zu leisten. Wir ersuchen Sie, sich sofort bei dem Gemeindevorsteher dorthin wegen Zuweisung von Arbeit zu melden. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß im Falle der Arbeitsverweigerung Ihre Unterstützung in Fortfall kommt.“

Diese Leute muten den Kollegen, die seit einem Jahre Erwerbslosenunterstützung erhalten und sich für die paar Pfennige nichts auf den Leib laufen können, zu, vielleicht im Hemd und barfuß zur Arbeit zu gehen. Erwerbslose, der Kampf beginnt, wir lassen uns nicht als Sklaven behandeln und fügen diesen Leuten den schärfsten Kampf an. Sind wir vielleicht schuld, daß wir keine Arbeit bekommen? Wir verlangen Arbeit und Brot. Genosse Engel forderte die Erwerbslosen auf, mit der kommunistischen Partei, der Führerin des Proletariats, gegen das kapitalistische System für den Sturz dieser Hungerregierung und für ein Sowjetdeutschland zu kämpfen. Die Forderung der Erwerbslosen lautet: Unterstützung für die Dauer der ganzen Erwerbslosigkeit. Zum Schluß las Genosse Engel eine Resolution vor, welche einstimmig angenommen wurde und die wie folgt lautet:

„Die heute, am 12. März, im „Weißen Bär“ Zirlau tagende Versammlung der Erwerbslosen nimmt Stellung zu der vom Bezirks-

fürsorgeverband des Kreises vorgelegenen Pflichtarbeit für ausgeübte Erwerbslose und zu dem von dieser Stelle versandten Schreiben. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen diese Maßnahmen von Seiten des oben genannten Fürsorgeverbandes und fordern Ausführung von öffentlichen Arbeiten bei Bezahlung des zugehörigen Tariflohnes. Wir geloben, für diese berechtigten Forderungen mit allen Mitteln einzutreten.“

Freiburg

Provolateur Fikusch

L. J. In der Tagung am vorigen Freitag sprach der bekannte Phrasendrescher Fikusch aus Oberschlössen. Schwindeln und Verleumdungen waren die Hauptmerkmale seiner Rede. Er bezeichnete die Redakteure der „Aktionen“ und der „A. Z.“ als Juden, die SPD-Minister sind seiner Auffassung nach „Marxisten“. Dabei haben diese Herren mit dem Marxismus nichts mehr gemein. Marx stellte er als einen raffinierten Juden hin, er stamme aus Polen und hieße gar nicht „Karl Marx“. Dann wies er auf Italien als Musterbeispiel hin. Ja, wenn Proleten 12 und 14 Stunden arbeiten müssen, da freuen sich die Nazis. Die weiteren inhaltsleeren Reden wurden nur mit Lachen aufgenommen. Proleten, fällt nicht auf die schönen Reden der Nationalsozialisten hinein! Denn Freiheit und Brot kann nur ein Rätedeutschesland schaffen!

Ortsauschuß des ADGB. Donnerstag um 19.30 Uhr, im „Grünen Baum“, Sitzung. Alle Delegierten müssen erscheinen.

Landeshut

Lehrlinge müssen 14 und 16 Stunden arbeiten

Wie wir aus gutunterrichteter Quelle erfahren, besteht im Unternehmen des Hotelwärters Sicking, Kaiserhof, die schlimmste Lehrlingsausbeutung. Sowohl der Lehrling in der Küche, welcher tagtäglich als Inapp Fünfzehnjähriger bis zu 14 Stunden beschäftigt wird, als auch der Kellerlehrling, welcher wiederholt schon bis zu

16 Stunden ausgenutzt wurde, werden zu Ruh und Frommen über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus trotz ihres jugendlichen Alters beschäftigt. Herr Sicking nennt das nur „Dienstbereitschaft“. Eine sonderbare Auffassung, wenn dazu noch die Dienstbereitschaft (wie dies unlängst bei einem dort beschäftigten Dienstmädchen der Fall war), in der Schlafkammer dazukommen soll. Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! Die Ausbeutung wird beseitigt, wenn ihr euch zur Abwehr zusammenschließt. Nicht in den Muderorganisationen, wie sie die bürgerlich-christlichen Organisationen darstellen, sondern in der kommunistischen Jugendorganisation.

So sind sie, die SPD-Betriebsräte!

Eine recht sonderbare Auffassung über seine Aufgabe als Betriebsratsvorsitzender hat der Sozialfaschist Lehmann von der Firma Kinkel. Wird da auf Grund des Verfalls der reformistischen Betriebsräte und der Methoden bei der Aufstellung der neuen Vorschlagsliste eine Liste der Gewerkschaftsopposition eingereicht. Das ist das gute Recht der im Betriebe Beschäftigten. Anders denkt darüber aber der Herr Lehmann, welcher wohl durch die Tätigkeit der letzten Zeit (wir erinnern an seine Rolle beim letzten Lohnabzug) Befürchtungen für sich und seine Kumpane hegt. Was tut nun dieser Patentvertreter der Arbeiter? Er übernimmt die Rolle des schlimmsten Scharfmachers, droht jedem, der mit der Aufstellung einverstanden ist, mit Hinauswurf aus dem Betriebe und der freien Gewerkschaft. Das Gebaren des Lehmann und seiner Hintermänner zeugt von wenig Vertrauen zur eigenen Tätigkeit, denn wer in einer Funktion einwandfrei gearbeitet hat, braucht eine Kritik und Beobachtung durch andere nicht zu fürchten. Mit solchen Mitteln aber zu arbeiten, wie es in diesem Falle geschehen ist, lehnt sicher die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft ab, muß sie doch die Befürchtung hegen, auch in anderen Fällen durch eine derartige Einstellung eines Betriebsrates aus der Arbeit gebracht zu werden. Der Entwicklungsgang des Lehmann zeigt der Arbeiterschaft aber auch die bezogene arbeitserfeindliche Linie der Gewerkschaften und den notwendigen Ausschluß an die Gewerkschaftsopposition.

Kommunisten in Freiburg für Arbeitsbeschaffung und Wohnungszwangswirtschaft

Aus den Verhandlungen der letzten Stadtverordnetenversammlung wären nur einige Punkte hervorzuheben. Vor allem unterhielt man sich über das Gehalt des neuen Bürgermeisters über Pensionierung und Dienstalter. Hier ist zu bemerken, daß das Versprechen, das Berger aus Peitz in Brandenburg bei seiner Vorstellung über das Sparen abgab, für keine Person nicht in Anwendung gebracht werden soll. Er verspricht es genau so gut wie all die oberen Herren, für sich recht viel und für die Proleten und den kleinen Beamten nichts zu bewilligen. Da müssen allein schon 1600 Mark für die Renovation seiner Wohnung aufgebracht werden. Auch ist ihm die Aufwandsentschädigung von 600 Mark zu klein. Die Stadt hat viel Geld, denn der alte Bürgermeister ist bis zu seinem Dienstenende beurlaubt worden. Das ist der 18. April. Also gibt man für zwei Monate ohne weiteres 2000 Mark aus.

Interessant war die Aussprache über die Ueberführung der Posten für die obere Bischofsstraße. Zugestimmt wurde, von dem Angebot, Reichsheimstättenbauten vorzunehmen, Gebrauch zu machen.

Von der SPD wurde vorgeschlagen, daß der Vertrag und die Bedingungen noch einmal nachgeprüft werden sollen.

Darauf kamen zwei Dringlichkeitsanträge der SPD zur Beratung. Der erste forderte Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Bemerkenswert war es, daß sich gerade der Wohnungsbaukommissionar Stadtrat Paul dagegen aussprach. Der zweite Dringlichkeitsantrag der Kommunisten forderte die Schaffung von Arbeit für die Erwerbslosen. Er wurde angenommen.

Bergarbeiter, eure Stimme der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

KOLIBRI

SÜSS MÜNCHEN

5g

Kolibri rauchen bedeutet preiswerter rauchen... denn ihre Qualität bleibt trotz der Steuererhöhung die gleiche - ihr Format aber ist 8% länger als bei anderen 5 Pfg. Zigaretten!

Die Klau-Präsidentin von Potsdam

Frau Regierungspräsident Dr. Mommsen gesteht Silberdiebstähle ein — § 51 in Sicht — Standalöse Verdächtigung des Hauspersonals — Verhaftung der Verbrecherin erfolgt natürlich nicht

Die Frau des Potsdamer Regierungspräsidenten Dr. Mommsen, die schon längst im Verdacht stand, die Silberdiebstähle in ihrem eigenen Hause begangen zu haben, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen, und weiter beschuldigt wird, Wohlthatigkeitsgelder entwendet zu haben, hat endlich vor der Berliner Kriminalpolizei unter dem Druck des sie befallenden Materials ein Geständnis abgelegt, daß sie selbst die Diebstähle begangen habe.

Damit ist die fortgesetzte Kette der geheimnisvollen Diebstähle im Potsdamer Regierungsgebäude reflexlos aufgeklärt. Zwar war es für das Hauspersonal schon lange offenkundig, daß als Täter nur eine Persönlichkeit in Frage käme, die im Hause gut Bescheid wußte. Doch was dem jüngsten Dienstmädchen klar war, nämlich daß nur die „Gnädige“ selbst das Silber

nach großen Schlemmereien, bei denen manchmal bis zu 300 und 400 Personen abgefüttert wurden,

besorgte schaffte, ging in den autoritätsduseligen Verstandsläusen der Potsdamer Kriminalbeamten noch lange nicht hinein.

Und auch jetzt noch, nachdem die Klau-Präsidentin überführt ist, versucht die Oberstaatsanwaltschaft von Potsdam alles Mögliche, um diesen Skandal aus der reaktionärsten und feudalistischen Gesellschaft Deutschlands zu vertuschen. In ihren letzten Verhandlungen teilt sie lediglich mit, daß „seit Anfang voriger Woche gegen Frau Mommsen das Ermittlungsverfahren schwebt“.

Inzwischen bemüht sich die gesamte bürgerliche Sensationspresse den Nachweis zu erbringen, daß die Klau-Präsidentin ein exzentrisches Frauenzimmer gewesen sei, vor deren „egzentrischer Energie“ ihr Mann, der Regierungspräsident Dr. Mommsen, der so forsch sein sollte, wenn es gegen die Arbeiterchaft ging, stets die Segel streichen mußte und daß in ihren Adern „unberechenbares Indianerblut pulse“. Deutliche Winke für den Staatsanwalt, dieser Verbrecherin aus der guten Gesellschaft den § 51 abzu-

blüngen! Mit welcher Raffinesse und Kaltblütigkeit sie die Gaunertelen in Szene setzte, geht daraus hervor,

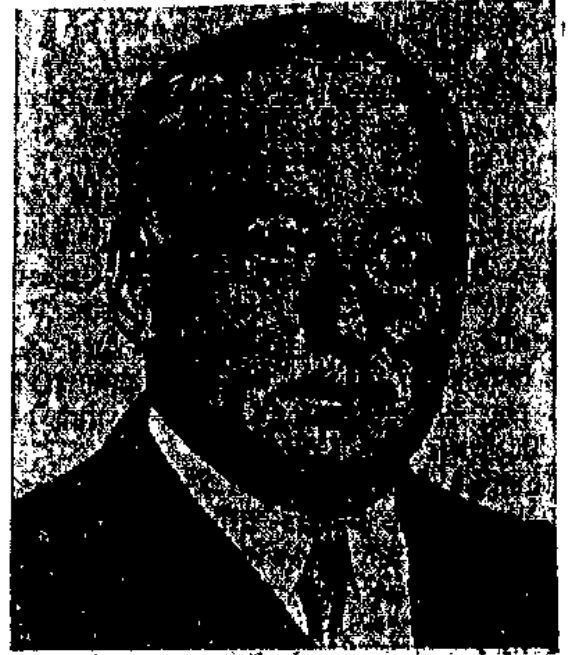
daß allemal nach diesen großen Schlemmereien die „Gnädige“ selbst das Abräumen des Tafelsilbers besorgte, wobei dann regelmäßig eine Anzahl der wertvollsten Bestecke verschwand.

Frau Mommsen trug sie noch am nächsten Tage zu irgend einem Potsdamer Althändler oder verkaupte sie in einem Koffer, um sie bei gegebener Zeit auswärts zu veräußern. Dann stellte die Klau-Präsidentin „fest“, daß etwas von ihrem Silber „fehlt“ und

schob die Schuld an dem Verlust bald diesem bald jenem vom Hauspersonal zu, der dann regelmäßig striflos entlassen wurde.

Regierungspräsident Dr. Mommsen hat, wie die bürgerliche Sensationspresse mit Krotobilstränen berichtet, „aus den Verfehlungen seiner Frau die Konsequenzen gezogen“ und ist von seinem Amt zurückgetreten. Von einer Verhaftung der Klau-Präsidentin weiß sie allerdings nichts zu melden. Kein Wunder, denn der Staatsanwalt, der den Diebstahl eines krummen Nagels, geschrien durch einen Arbeiter oder eine Arbeiterin, sofort mit der Verhaftung des „Schweverbrechers“ ahndet, denkt nicht daran, Frau Regierungspräsident Dr. Mommsen einzusperrn. Angesichts dieses Skandals behauptet noch jemand, es gäbe in der deutschen Republik keine Klassenjustiz.

Primo de Rivera gestorben



Der gestürzte Diktator und blutige Arbeiterschächter Spaniens, General Primo de Rivera, ist am Sonntag in einem Pariser Hotel nach einem Saufgelage gestorben.

Durch Explosion acht Schwerverletzte

In Cleveland im amerikanischen Staate Ohio wußte ein obdachloser Neger in dem Keller eines Wohngebäudes heimlich übernachtet. Um sich in der Dunkelheit zu orientieren, steckte er ein Zündholz an, wodurch eine Gasexplosion entstand, die den Einsturz des zweistöckigen Gebäudes zur Folge hatte. Acht Personen wurden dabei schwer verletzt.

Großmutter als Bandenführer

160 Einbruchsdiebstähle — Eigene Verkaufsstellen für die geraubte Beute Waffen sind nach Gebrauch bei „Oma“ wieder abzugeben

Nach jahrelangen Anstrengungen gelang es jetzt, eine vierzigköpfige Einbrecherbande festzunehmen, die seit dem Jahre 1923 planmäßig den Landkreis Hamm in Westfalen heimlich und ihren Sitz in Hamm hatte. Nach Geständnissen und Uebersicherungen stellte sich heraus, daß 160 Vandeneinbruchsdiebstähle in Hotels, Konsumanstalten, Konfektionshäuser usw. auf das Konto dieser wohlorganisierten Bande kommen.

Das Haupt dieser erfolgreichen Diebes- und Schlergeresellschaft war eine 59 Jahre alte Frau, die es geradezu glänzend verstanden hatte, ein bis ins Letzte organisiertes Raub- und Verkaufsnetz über ganz Westfalen zu spannen. An vielen Orten richtete sie Verkaufsstellen für die geraubten Waren ein, die selbst in den Zeiten schlimmster Wirtschaftskrisen dank der „vorzuehligsten Einkaufsquellen“ niemals über Abnahmangel zu klagen hatten.

Wie energisch „Oma“ ihre rauhen Gesellen in Zucht hielt, geht daraus hervor,

daß sie höchst eigenhändig vor Beginn der nächtlichen Raubzüge jedem einen Revolver in die Hand drückte, die sie dann nach „gelauter Arbeit“ prompt wieder zurückerforderte.

Die an den Raubzügen Beteiligten erhielten von ihr den Anteil — wenn gewünscht — sofort in bar ausgezahlt. Ihre erwachsenen Söhne, die ebenfalls schon Kinder hatten und jetzt verhaftet sind, bedrohten jeden der Mittäter und Helfer mit dem sofortigen Tode, falls man etwas verraten würde. Ein Sohn machte durch Erhängen im Gefängnis seinem Leben ein Ende. Die Barunternehmung steht vor dem Abschluß, so daß mit der baldigen Verhandlung vor dem Gericht gerechnet werden kann.

entwichen war. Insgesamt mußten etwa 40 Teilnehmer der Festlichkeit durch Anwendung von Sauerstoffatmung behandelt werden.

Grubenunglück in Gelsenkirchen — Zwei Tote

Auf Zeche Dahlbusch VIII/IX in Gelsenkirchen-Buer sind beim Befahren eines Stapelwachtes ein Fahrsteiger und ein Bergmann tödlich verunglückt. Beide starben auf dem Wege ins Krankenhaus.

Festige Schneestürme über England

Der nördliche Teil Englands und ganz Schottland wurden am Sonntag von schweren Schneestürmen heimgesucht, die gewaltigen Schaden anrichteten. Infolge zu starker Belastung durch Schneemassen ist in Birmingham ein großes Zirkuszelt zusammengebrochen. Sechs Zirkusangehörige wurden verletzt, zwei von ihnen werden kaum mit dem Leben davonkommen.

Erdbeben in Mittelitalien

In der mittelitalienischen Stadt Sarno ist in der letzten Nacht ein heftiger Erdstoß verspürt worden, der unter der Bevölkerung große Beunruhigung hervorrief. Schaden ist nicht verursacht worden.

Oberammergau in Erwartung der Nepp-Saison



Wie in jedem Jahre, so finden auch diesmal wieder in Oberammergau die sogenannten Passionsspiele statt, wozu regelmäßig aus allen kapitalistischen Ländern kapitalkräftige Betschwester und Mummelgretle kommen, die dann von den als „Jesus“ resp. „Petrus“ usw. kostümierten Pfiffküssen schwer hochgenommen werden.

Unser Bild zeigt einige dieser langhaarigen „Heiligen“ bei einer Diskussion über die Aussichten des diesjährigen Geschäftsjahres in einer Straße von Oberammergau.

Frauen an der roten Wirtschaftsfront



Vorarbeiterin eines Sowjetgutes

erteilt hoch zu Roß — um die ungeheuren Entfernungen von einer Arbeitsstätte zur anderen schneller bewältigen zu können — ihre lachmännischen Anordnungen, die gern und willig befolgt werden. Weiß doch jeder Kollektivist, daß das Gedeihen des roten Arbeiter- und Bauernvaterlandes auch von seiner Hände Arbeit abhängt.



Moskauer Ingenieur-Studentinnen

bei der Betriebspraxis an einer Versuchslokomotive des Moskauer Eisenbahn-Ingenieurinstituts. „Stopfbuchsen“, „Piezelstangen“ und „Gleitlager“ bedeuten für die befreite sowjetrussische Frau längst keine technischen Geheimnisse mehr, die nur dem Mann etwas angehen. So wie sie in den Jahren des Bürgerkrieges mit der Waffe in der Hand aktiv das rote Arbeitervaterland verteidigt haben, so arbeiten sie jetzt mit Hammer und Feile am Aufbau des Sowjetstaates.

Lieber ins Gefängnis, als im „Rauhen Hause“

Gendarmerie und Feuerwehr gegen verzweifelte Fürsorgezöglinge

Im „Rauhen Hause“, einem christlichen Erziehungsheim bei Kattentirchen, in der Nähe Hamburgs, schlugen etwa 40 Fürsorgezöglinge aus Verzweiflung über die unmenschliche Behandlung die Fensterbänke und Einrichtungsgegenstände kurz und klein. Erst der alarmierten Landgendarmerie gelang es, mit Hilfe der Feuerwehr die berühmte „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen.

Die verhafteten Zöglinge, die zur Vernehmung nach Hamburg gebracht wurden, erklärten, daß sie lieber ins Gefängnis wollten, als in der christlichen Fürsorgehölle des „Rauhen Hauses“ weiter gequält zu werden. Die bürgerliche Sensationspresse wird natürlich auch in diesem Falle wieder von „kommunistischer Aufwiegelung“ der Jugendlichen sagen.

Mord und Selbstmord eines Matrosen

In Bonn hat am Sonntag ein arbeitsloser Matrose seine Stiefschwester durch zwei Revolverkugeln tödlich verletzt und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt, die ihn sofort tötete. Die Ursache der Missetat ist in Familienzwistigkeiten zu suchen, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Notlage.

40 Personen durch Gase vergiftet

In einer am Sonnabend in Groß-Flottbek bei Altona stattgefundenen Saalfestlichkeit wurden plötzlich fünf Personen von heftiger Uebelkeit befallen, kurz darauf wurden weitere zwölf Personen ohnmächtig. Bevor der Saal geräumt werden konnte, erlitten weitere 14 Personen das gleiche Schicksal. Sofort alarmierte Ärzte stellten fest, daß es sich um Vergiftung durch Kohlenoxydgas handelte, das aus einem schadhaften Ofen

Breslau

Das Elend treibt zum „Verbrechen“

Eine Arbeiterfrau schreibt uns: Mein Mann ist seit dem 21. Februar erkrankt. Seit dieser Zeit stehen wir vollständig mittellos da. Vor vierzehn Tagen sollten wir das erste Geld erhalten, was jedoch nicht geschah. Vom Arbeitsamt wird er wie ein dummes Zunge von einem Schalter zum anderen geschickt, und immer vergebens. Mein Mann wagt sich von einem Fieber in das andere hinein. Dazu noch auf einer hartem Bett, da wir zu allem Elend nicht mal vier Wände unserer eigenen nennen. Wir ist den ganzen Tag elend und schlecht zumute. Das Kind lebt nur vom Trinken, flieht nicht mehr ein bisschen Essen. Ein Besuch an das Wohlfahrtsamt um eine einmalige Unterstützung wurde abgelehnt. Wir sollen erst die Ablösung der Arbeitslosenunterstützung bringen. Eine Lebensmittelkarte wird einem in die Hand gedrückt, von der man höchstens ein Päckchen Perisil, ein Stück Seife und ein halbes Pfund der billigsten Margarine erhält. Was soll ich nun tun? Soll mein Mann, der bisher unerschrocken ist, die Schaufenster ausräumen, oder soll er stehlen, damit er die erste Schwere aus Not erhält. Oder soll ich mit ihm und dem Kinde ins Wasser gehen? Damit der brennende Stuhl drei neue Opfer der Hunger- und Wohnungsnot zu verzeichnen hat? C. Winter.

Auffeinerregender Selbstmord eines Reichwehrcaldaten

Heute zwischen 9,30 und 9,45 Uhr sprang an der Sandbuckel ein Reichwehrcaldat in die Oder. Gegenwärtig sucht die Kreierwehr seine Leiche, die bisher noch nicht gefunden werden konnte.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Gestern normittag wurde beim Rangieren auf dem Hauptbahnhof der Manglerer Wag Nr. 1470, Vorwerkstraße wohnhaft, von einem Auge überfahren und getötet. Mährenstein sprang von einem fahrenden Zuge ab und rutschte auf dem dort zwischen den Schienen liegenden Holzblock aus. Er geriet unter die Räder, die ihm über den Leib glitten. Er war sofort tot.

Besucht die Kurse der M.A.S.

Die Kurse der Marginalen Arbeiterschule werden fortgesetzt. Heute, Dienstag, 20 Uhr, sprach Alfred Thomas über: „Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und Rechtsanwalt G. Köhler über: „Die kommende Strafrechtsreform.“ Die Kurse finden bei Reiman, Neue Antonienstraße, Ecke Stadtgraben, mitt. Hörsaalgebäude 25 Pfennig. Morgen, Mittwoch, beginnt Dr. G. Roth mit seinem Kursus „Sexualfrage und Arbeiterschaft“. Vokal: G. Köhler, Löwe, Oderstraße 23. Hörsaalgebäude für diesen Kursus 35 Pfennig. Für Erwerbslose ermäßigen sich die Gebühren in allen Kursen auf 15 Pfennig. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Jeder Kursabend ist für sich abgeschlossen.

Betrunkener „Herrnfahrer“

Am Sonntag abend wurde der Postkaffner Karl Ludwig, von der Kreuzstraße, auf dem Reichspräsidentenplatz, an der Ecke Hofenjoelnerstraße, von einem Privatkraftwagen überfahren. Ludwig wurde von hinten erfasst und circa 20 Meter weit mitgeschleift. Er trug Verletzungen am Auge, im Gesicht, an den Händen und Füßen davon. Schuld an dem Unfall ist der Kraftwagenführer, der betrunken und nicht in der Lage war, den Wagen zu führen. Der Wagen wurde von einem anderen Kraftwagenführer mit dem Verletzten erst in das Benzeldande-Krankenhaus und dann in die Garage geschafft. Der betrunkenen Kraftwagenführer war auch nicht im Besitze eines Führerscheines.

Rückgang der Breslauer Geburtenziffer

Aber Zunahme der Morde und Selbstmorde

Die Bevölkerung, die zu Beginn des Kalenderjahres 1929 für das gesamte Stadtgebiet 608 808 betragen hatte, belief sich zu Ende des Kalenderjahres auf 613 866; es ist also im Laufe des Jahres eine Zunahme der Bevölkerung um 5058 oder 0,8 Prozent eingetreten. Gegen das Jahr 1928 ist die Zunahme der Bevölkerung um 0,3 Prozent stärker gewesen. Betrachtet man die Bevölkerungszunahme im alten Stadtgebiet und im Stadterweiterungsgebiet getrennt, so ergibt sich für ersteres eine Zunahme von 4077 Personen oder 0,7 Prozent, für letzteres eine solche von 981 Personen oder 2,3 Prozent. Die Bevölkerungszunahme, die sich ja aus dem Geburtenüberschuss und dem Wanderungsgewinn berechnet, beruht im Jahre 1929 vornehmlich auf einem hohen Wanderungsgewinn. Denn trotz der großen Erwerbs- und Arbeitslosigkeit war in Breslau ein Wanderungsgewinn von 3538 Personen in dem alten Stadtgebiet zu verzeichnen gegenüber nur 503 im Vorjahre.

Die Gesamtzahl der Geburten betrug im Jahre 1929 (Lebendgeborene und Totgeborene) 10 102. Sehr deutlich zeigt sich der Unterschied in der Geburtenhäufigkeit zwischen dem alten Stadtgebiet und dem Stadterweiterungsgebiet. Auf 1000 der mittleren Jahresbevölkerung berechnet ergibt sich eine Geburtenziffer von 16,6 für das gesamte Stadtgebiet, im alten Stadtgebiet beträgt sie nur noch 15,7 gegenüber 17,0 im Jahre 1928, im Stadterweiterungsgebiet dagegen 27,7. Von den Geburten überhaupt waren im alten Stadtgebiet 76,4 Prozent ehelich, 23,6 Prozent unehelich. Die entsprechenden Prozentziffern betragen im Stadterweiterungsgebiet 80,8 und 19,2 Prozent. Von den Geburten waren 4,1 Prozent Totgeburten; der Anteil der Totgeburten hat sich im alten Stadtgebiet gegenüber 1928 um 0,1 Prozent erhöht. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 9680, auf 1000 der mittleren Jahresbevölkerung berechnet mithin 15,9.

Auch in Breslau geht die Geburtenziffer von Jahr zu Jahr zurück.

Die Sterblichkeit war im Jahre 1929 mit 8742 Fällen oder 14,3 auf das Tausend der mittleren Jahresbevölkerung um 1,4 höher als im Jahre 1928. Unter den 8742 Gestorbenen waren 575 Ortsfremde um 11, deren Ortszugehörigkeit unbekannt war. Bezieht man nur die ortszugehörigen Gestorbenen auf 1000 der mittleren Jahresbevölkerung, so ergibt sich eine Sterblichkeitsziffer von 12,9. Die Sterblichkeitsziffer im Stadterweiterungsgebiet war mit 17,1 erheblich höher als im alten Stadtgebiet, das für sich allein eine solche von 12,6 aufweist. Die Zahl der im ersten Lebensjahre

Neun Millionen neues Defizit!

Breslau, 18. März.

Der bekannte glückliche Wind hat uns auf den Schrei eines interessanten Papiers geweht, die Angaben über die gegenwärtige Finanzlage der Stadt Breslau enthalten. Wir sind, da uns das Material eben erst in die Hände kam, zwar heute nicht mehr in der Lage, ausführlich zu ihm Stellung zu nehmen, doch wollen wir wenigstens die in ihm angegebenen wichtigsten Zahlen nennen.

Da ist als erstes die Summe des Defizits des nunmehr zu Ende gehenden Etatsjahres 1929/30. Sie beträgt nicht weniger als 8 751 000 Mark. Genau rechnerisch ist es sogar noch weit höher, nämlich 14 283 000 Mark (8 895 000 Mark ungedeckte Mehrausgaben und 7 808 000 Mark weniger Einnahmen gegenüber dem Etats-Voranschlag). Ein Teil dieses Defizits ist aber ausgeglichen worden, und zwar 1 992 000 Mark durch Mehreinnahmen und 3 461 000 Mark durch „Ausgabensparnisse“, die natürlich fast rektlos an den Staatspositionen vorgenommen worden sind, die eine gewisse soziale Bedeutung haben. Dadurch ist das Enddefizit auf den von uns oben genannten Betrag von annähernd 9 Millionen herabgemindert worden. Eine Riesensumme für eine Stadt wie Breslau, besonders wenn man die Staatsdefizite der vergangenen Jahre dazu zählt.

Fragt man sich nach der Ursache des Defizits, so muß man verschiedene Tatsachen sehen. Da ist erstens einmal die Aufstellung der Staats. Je nachdem, welche Partei bei den Wahlen der letzten Jahre befristete, Stimmeneinheiten zu erleiden, wenn sie kurz vor den Wahlen Staatsvoranschläge aufstellte, die bereits von vornherein ein Defizit aufwiesen, wurden die einzelnen Staats jeweils nach der Parteizweckmäßigkeit frisiert. So war es im Jahre 1928, wo die Deutschnationalen einfach einen Etat aufstellten, der aus Wählerkäufchen in Ausgaben und Einnahmen „überstimmte“ — einige Wochen später kamen bereits die ersten Ausgaben nachforderungen —, und so war es auch beim

letzten Etat, wo die Sozialdemokraten die Katastrophe ihrer Mehrheitspolitik durch einen schwindelhaften Etat zu verdecken suchten. Die Rommunisten waren in beiden Fällen die einzigen, die diese freche Täuschung vor der werktätigen Öffentlichkeit anprangerten und darauf hinwiesen, daß die selbstverhängende Folge solcher willkürlich zurechtgefügter Wahlstimmungsbeurteilungen, besonders im Hinblick auf die ständig katastrophaler werdende Lage des Arbeitsmarktes, sein mußten. Diese Voraussage ist eingetroffen. Der zweite Grund des Defizits liegt in der in ihren Auswirkungen ebenfalls von den Kommunisten vorausgesehenen künftigen Taxipolitik. Rückwärts wurden die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität und die Straßenbahnfahrpreise erhöht. Die Kommunisten erklärten sofort (einzigartig) daß diese Erhöhungen nicht nur die schlimmste Auswirkung auf den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung haben würden, sondern auch für die Finanzen der Stadt, weil eben die Arbeiter nicht mehr in der Lage sind, Gas und Elektrizität abzunehmen und die Straßenbahn zu benutzen. Auch das ist eingetroffen.

Auf die Auswirkungen der von Jahr zu Jahr größer werdenden künftigen Defizite für die werktätige Breslauer Bevölkerung werden wir noch zurückkommen. Für heute sei nur noch mitgeteilt, daß die verbrecherische Politik der herrschenden Klasse es so weit gebracht hat, daß bereits im vorigen Monat in Breslau 14 567 ausgearbeitete Erwerbslosigkeiten vorhanden waren. Also 15 000 Menschen — mit den Familienangehörigen über 50 000! — die nur noch von der Gnade und Barmherzigkeit einer sogenannten „Wohlfahrt“ leben! 50 000 Menschen, die täglich dem Hunger toben gegenüberstehen. 50 000 Menschen, die Arme haben, um Güter zu schaffen, und die es nicht können, weil die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung es anders mit. Allein diese eine Zahl müßte genügen, diesen Zuständen schnellstens ein Ende zu bereiten.

Streit in der Breslauer Milchversorgung

Polizei und Reichspost eingesezt

Heute früh ist das gesamte Personal der „Breslauer Moltere“, Berliner Straße 52, in den Streit getreten, nachdem die Lohnforderungen der Belegschaft von der Betriebsleitung abgelehnt worden waren. Die „Breslauer Moltere“ beherrscht einen großen Teil der gesamten Breslauer Milchversorgung. Die Firma stellt u. a. die bekannten „Milchwagen“, die jeden Morgen die Bevölkerung mit Milch beliefern.

Wie berichtet der Kampf der Moltere-Belegschaft ist, geht schon daraus hervor, daß der Lohn der Arbeiter, die alle zum Milchverkauf noch eine Hilfskraft — gewöhnlich die Frau oder eine Verwandte — mitnehmen müssen, einschließlich der Verkaufsprocente 40 Mark wöchentlich beträgt. Bei siebenstündiger Arbeitszeit, denn Sonntag- oder Feiertage kennen die Milchlieferer nicht. Vor längerer Zeit war dem Personal nach Verhandlungen von der Betriebsleitung ein freier Tag zugesprochen worden, ohne daß dieses Zugeständnis aber tatsächlich

erfüllt wurde. Es gibt bei der Firma heute Arbeiter, die seit Juni v. J. ohne einen einzigen Tag der Ruhe zu haben, arbeiten. Wer sich einen freien Tag nimmt, bekommt diesen gegen „Arbeitsverfallnis“ von dem Hungerlohn abgezogen.

Wie uns soeben noch mitgeteilt wird, ist Polizei vor dem Betrieb eingesezt worden, die diesen bewacht. Außerdem hat die Reichspost heute morgen Pferde zur Verfügung gestellt, um unter Aufsichtnahme von Streikbrechern die Milchlieferung doch durchzuführen. Wir erheben gegen dieses Eingreifen des Staats, und Behördenapparates gegen die streikenden Arbeiter Arbeiterprotest. Die streikenden Kollegen müssen unter allen Umständen verhindern, daß ihnen irgend jemand in ihrem Kampf in den Rücken fällt.

hinweg mit der zensur!

klasse mit einer gegenkundgebung donnerstag, 20 uhr, im „zentralballsaal“, westendstr. 50. landtagsabgeordneter schulz-berlin — der „rundfunkantäter“ — spricht. ferner wirken mit: maja sering, wilhelm malten, karl paryla von den vereinigten theatern, breslau, und die musikgruppe der „ifa“. eintrittspreis 50 pig, erwerbslose 30 pig. nur im vorverkauf: buchhandlung feldstraße 50, ostdeutsche rundschau, viktorianstraße 97, verlagsgesellschaft, trebnitzer straße 50, buch-baender, gartenstraße 69.

Landjäger liefert Waffen ab!

Als gestern, Montag, gegen 9,10 Uhr, sich ein Oberlandjäger aus dem Kreise Ohlau auf dem Dienstwege zwischen Klein-Ohlau und Winterdorf befand, kam ihm auf der Landstraße ein Motorrad mit zwei Männern besetzt entgegengefahren. Plötzlich hielten die Fahrer an, stiegen vom Rade und bedrohten den Beamten unter Vorhaltung von Pistolen. Er wurde gezwungen die Hände hochzunehmen und den Tätern seine Pistole auszuhandigen. Das Motorrad hatte das Erkennungszeichen I R 67411 und stammte aus einem Einbruchdiebstahl in der Nacht zum 15. März.

Messerschere. Gestern abend kam es auf der Jahnstraße zwischen mehreren Männern zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf der Heizer Karl R. durch Messerschere blutige Verletzungen am Kopf davontrug. Er mußte mit dem Krankenauto in das Arbeiter-Hospital übergeführt werden. Die Messerschere wurden verhaftet.

Schuldtigkeit. Am Sonnabendvormittag, als die Arbeiterin M. G. ihre Erwerbslosenunterstützung erhalten sollte, wurde ihr plötzlich die Aktentasche mit dem Geld von einem Manne entziffen, der darauf flüchtete. Es gelang aber, den Täter zu stellen und ihm die Tasche wieder abzunehmen.

Taschendiebstahl? Gestern, Montag, wurde einer auswärtigen Frau in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes die Handtasche mit 101,58 Mark und einer Armbanduhr angeblich gestohlen. In unmittelbarer Nähe hatte sich der 69 Jahre alte Arbeiter Karl St. aus der Vorwerkstraße aufgehalten, der schließlich auf der Wache festgenommen wurde. Erst leugnete er, die Tasche an sich genommen zu haben. Beim Nachsehen seiner Kleidung wurde die Tasche in seiner Tasche gefunden. Nunmehr gab er an, die Tasche gefunden zu haben. Aus derselben war noch nichts entwendet.

Einbruch. Bei einem Fleischermeister auf der Kaspothstraße wurde ein Einbruch verübt, bei dem der Dieben Fleisch, Wurst- und Pötelwaren im Werte von 513 Mark in die Hände

Nun erst recht!

Eine halbe Million für den Kampffonds der Partei!

teilen. — Einem Restaurateur in der Anderssenstraße wurden durch Einbruch Zigaretten, Zigarren, Kaffee, Anguststoff und eine goldene Armbanduhr gestohlen. Der Schaden beläuft sich auf 300 Mark.

Zugpartalusbund. Alle Pioniere sind Dienstag, pünktlich 18 Uhr, im Anglerheim, Leuthenstraße.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schallier, Breslau; für den Propagandateil (außer Oberleitern) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberleitern: Fritz Wendt, Breslau.

Oberschlesien

Werttätige Oberschlesiens antworten in Massenversammlungen auf die Papstheke gegen die Sowjetunion

Unter der Parole: Hände weg von Sowjetrußland!

Auf die maßlose infame Hebe der Kirche unter Führung des „heiligen“ Vaters antworteten die werttätigen Frauen und Männer in vier großen Massenversammlungen in den Orten Oppeln, Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen. Der Klerus hatte zu gleicher Zeit in den Orten öffentliche Versammlungen der katholischen Arbeitervereine abgehalten mit dem Zweck, den Besuch unserer Versammlungen zu schwächen. Dieses Mandat fiel glatt ins Wasser. In unseren Versammlungen sprach der Student Genosse Dr. Kusländer, Mitglied des Reichstages. Er zerprüfte die Schauerreden der Kirche und ihrer Presse über angebliche Christenverfolgungen, Zerstörung der Kirchen und Ermordung der Priester in der Sowjetunion, und wies nach, daß die Geschichte der Kirche, vor allem die der katholischen, mit Blut und Eisen erfüllt ist. Die antireligiöse Bewegung in der Sowjetunion ist eine Massenbewegung zur Förderung sozialistischen Aufbaues. Die Ausführungen waren von stürmischen Zustimmungskundgebungen begleitet.

Die erste Versammlung fand in Oppeln am Freitag statt. Die Versammlung war einberufen worden von der hiesigen Ortsgruppe des Freidenkerverbandes. Über die Versammlung sei gesagt, daß sie zweifellos die beste der letzten Monate war. Desgleichen waren die Versammlungen in Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen gut besucht. Die Versammlungen waren überall, außer in Hindenburg, vom Freidenkerverband einberufen worden. Die Hindenburger Freidenker lehnten eine solche Versammlung ab; daher ist sie von der SPD einberufen worden. Die Ortsgruppe Hindenburg ist bis jetzt noch in den Händen der Konfessionssozialisten.

Nachstehende Entschliebung fand überall einstimmige Annahme: „Die vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung Ortsgruppe Gleiwitz zum 15. März einberufene öffentliche Volksversammlung begrüßt begeistert die gewaltigen Fortschritte der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion in der Loslösung der ar-

beitenden Massen von der Kirche und der religiösen Ideologie. Sie begrüßt insbesondere die durch Mehrheitsbeschlüsse der Werttätigen vollzogene Schließung Tausender von Kirchen und religiösen Kultstätten und ihre Verwendung für die Zwecke der proletarischen Kultur und des sozialistischen Aufbaues, die Abschaffung der christlichen Feiertage und der christlichen Zeitrechnung. Die lägerliche Propaganda des Papstes und anderer Würdenträger christlicher und jüdischer Religionsgesellschaften gegen diese gewaltigen Fortschritte des internationalen Klassenkampfes an der Kulturfront brandmarkt sie als eine direkte Unterstützung der vom internationalen Kapital betriebenen Kriegshege gegen die Sowjetunion.

Die Versammlung stellt fest, daß die reformistische Reichsleitung des Freidenkerverbandes genau wie beim Konfordat mit der Papstkirche durch völlige Passivität der Kulturreaktion in die Hände arbeitet, sie erwartet von allen proletarischen und freiheitlich gerichteten Kulturorganisationen den rücksichtslosesten Kampf gegen diese christliche Kreuzzugspropaganda gegen die Arbeiter- und Bauernmacht und ruft die Arbeiterschaft Oberschlesiens auf, diesen Vorstoß des Passentums mit organisiertem Massenaustritt aus der Kirche und Abmelbung der Kinder vom Religionsunterricht zu beantworten.“

Hände weg von Sowjetrußland!

Der Massensturm werttätiger Frauen und Männer im zentral-nördlichen Oberschlesien zeigt, daß die ober-schlesische Arbeiterklasse immer mehr erkennt, welche arbeitserfeindliche Rolle die Kirche und ihre Diener spielen. Sie muß weiter vorstoßen in ihrem Kampfe; sie muß sich los-sagen von der Kirche; sie muß zur Überwindung der bestehenden „Ordnung“ den Kampf organisieren und deren Sturz durch Aufri- chung der kommunistischen Gesellschaftsordnung herbeiführen.

Hindenburg

Neubau eines Polizeigebäudes — statt Arbeiterwohnungen

Die bürgerliche Presse meldet: „Das neue Polizeigebäude soll jetzt in der Jagfeld- Ecke Ebertstraße errichtet werden. Mit dem Bau des Gebäudes, das im Zusammenhang mit dem Durchbruch der Ebertstraße nach der Kronprinzenstraße erfolgt, soll mit dem Einsetzen des Bauwerkes begonnen werden. Das Gebäude soll alle bisher in der Hermannstraße untergebrachten Diensträume einschließlich der Kriminalpolizei aufnehmen, ferner das Katasteramt, die Wohnungen der Polizeiamtsleiter, das Polizeigefängnis und eine Junksende- und Empfangsanlage. Auch wird das bisher in der Schillerstraße belegene Polizeiviertel II in dem neuen Gebäude Aufnahme finden.“

Für den Bau des Gebäudes setzte sich nach Presse-meldungen Bürgermeister Franz beim Ministerium in Berlin besonders ein. Für ihn ist die Polizei wichtiger als die Forderung des Wohnungs- elendes. Die Wohnungslosen sollten endlich erkennen, daß unter der Aera sozialfaschistischer Minister, Polizeipräsidenten und Bürger- meister das Wohnungs-elend nicht gemildert, geschweige beseitigt wird. Das wird erst in der Sowjetkommune erfolgen. Helft mit, das ge- rechte Ziel zu erreichen!

Heraus zur

Internationalen Frauen-Kundgebung!

am Sonntag, dem 23. März, 15 Uhr, im großen Saale von Piekla. Es wirken mit die Arbeiter-Schulmeierkapelle Gleiwitz und der Arbeiter-Gesangverein Hindenburg. Ferner: Drei Szenen aus dem Leben der Arbeiterfrauen, § 218. Eintrittspreis 30 Pfennig.

Vertäufel! Besucht die internationale Frauenkundgebung recht zahlreich!

Arbeiterkellern! Schickt eure Kinder zum proletarischen Kinder- theater, um 14.30 Uhr, im Saale Piekla. Eintritt 10 Pfennig.

Massenprotest gegen das Zuchthaus- gesetz

In der am Sonntag stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Partei wurde die nachstehende Entschliebung gegen das Severing- sche Kommunistengesetz einstimmig angenommen:

„Die in der öffentlichen Versammlung am Sonntag, 16. März, im Saale von Skolada anwesenden Frauen und Männer erheben gegen das im Reichstag bereits in zweiter Lesung angenom- mene sozialfaschistische Zuchthausgesetz schärfsten Protest. Das neue Terrorgesetz gegen die SPD. und das revolutionäre Proletariat ist der Ausdruck der Schwäche des bürgerlich-kapitalistischen Staates auf der einen und der verstärkten Zuspitzung der Klassengegensätze auf der anderen Seite. Die Bourgeoisie und mit ihr die sozialfaschistischen Kettenhunde wollen mit Hilfe dieses Gesetzes die ausgebeutete Klasse ihrer Führung, der SPD, berauben. Wir sind uns klar darüber, daß auch durch Zuchthaus- und Polizeischmach der Kampf um Arbeit und Brot, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, für die Diktatur des Proletariats nicht anzuhalten ist.“

Die Anwesenden geloben, verstärkt den Kampf für die Vertei- digung der SPD. und ihrer Presse zu führen.“

Massenprotest! Nehmt überall Stellung zu dem Severing'schen Zuchthausgesetz und erhebt Protest! Es darf nicht nur bei Protesten bleiben, sondern der Kampf muß von euch aktiv geführt werden. Die beste Verteidigung ist der sofortige Beitritt zur kommunistischen Partei. Das muß die Antwort auf die Hungeroffensive der Kom- munisten sein.

Deine Partei ist die KPD.!

Die vor der revolutionären Arbeiterschaft stehenden Aufgaben sind riesengroß. Die kommunistische Partei kämpft an der Spitze gegen das Ausbeuterpad und seine Helfershelfer. Doch die Kräfte der Partei reichen nicht, um alle vor der Arbeiterschaft stehenden Aufgaben selbst lösen zu können. Dazu braucht sie die Hilfe aller Klassenkämpfer.

Werde Mitglied!

67 neue Kämpfer für die I.A.D.

In der in der vorigen Woche abgehaltenen öffentlichen Versamm- lung der hiesigen I.A.D.-Ortsgruppe sprach der Genosse Lange- Berlin zu dem Thema: „Kapitalistischer Niedergang oder sozialistischer Aufbau. Die Ausführungen des Redners waren von starkem Beifall begleitet.“

Der Erfolg der Versammlung war der, daß 67 Proletarier der I.A.D. als Mitglieder beitraten. Zu erwähnen sei hier noch, daß trotz der geringen Propagierung der Versammlung ein guter Besuch auf- zuweisen war. Die Ortsleitung hat in Zukunft mit den Vorbereitun- gen einer solchen Versammlung früher zu beginnen, dann wird der Erfolg ein viel größerer sein können.

Ueber „Die Trennung von Kirche und Staat“ spricht am Don- nerstag, dem 20. März, 20 Uhr, im Bibliotheksaal der Donnermarkt- hütte, Professor Dr. Seppelt-Breslau. Der Vortrag findet im Rahmen der Volkshochschulveranstaltungen des Universitätsbundes statt. Eintritt frei.

Schomburg

Die Betriebe antworten!

Belegschaft Hohenzollerngrube gegen das Severing'sche Terrorgesetz

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte für Sonnabend eine öffentliche Belegschaftsversammlung nach dem Saal Grillo einberufen. Genosse Paris sprach zur Lage im ober-schlesischen Berg- bau und den Aufgaben der Bergarbeiterchaft. Die Reformisten, die durch einzelne Zwischentritte die Versammlung stören wollten, waren zu feige, in der Diskussion aufzutreten. Auch auf der Hohenzollern- grube ist eine Liste der revolutionären Opposition zur Betriebsrats- wahl aufgestellt worden. Genosse R. endete seine Ausführungen mit dem Appell, Schluß zu machen mit den Reformisten, Schritten und Gelben im Betriebe und rote Betriebsräte zu wählen, als Voraus- setzung zur Organisierung des Kampfes gegen die Rationalisierung, gegen die Feiertage, für den Sieben- bzw. Sechshunderttag bei vollem Lohnausgleich, für die Erhöhung der Hungerlöhne.

Am Schluß der Versammlung wurde in nachstehender Ent- schliebung gegen das Severing'sche Zuchthausgesetz protestiert. Die Reformisten wagten nicht dagegen zu stimmen:

„Die öffentliche Belegschaftsversammlung der Hohenzollerngrube, einberufen durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, nimmt mit Enttäufung Kenntnis von dem im Reichstag durch Se- vering ein- gebrachten Terrorgesetz. Die Anwesenden geloben, die ganze Beleg- schaft zum Kampf gegen das Schandgesetz, das auf Verlangen und mit Hilfe der SPD. zubandegebracht wurde, aufzurufen.“

Oppeln

Wann wird Wochenmarktfrage endgültig geregelt?

Schon im Vorjahre beschäftigten wir uns mit dieser Frage. Der Verlegung des Wochenmarktes vom Ringe — wo er Hunderte von Jahren war — nach dem Wilhelmplatz ist die Berechtigung nicht abzuspüren. Die Steigerung des Verkehrs konnte für die Besucher des Marktes eines Tages lebensgefährlich werden. Die zuständigen Stellen hatten mit der Verlegung nicht die Frage der heute am Ring wohnenden Ladenmieter, wie auch die Verbindung zwischen der Innenstadt und dem Ring beachtet, so daß nicht die Gewerbetreibenden, sondern auch die Marktbesucher aus der Innenstadt die Leid- tragenden sind. Die kommunistische Fraktion war es, die diese Frage sofort aufgriff und in der Marktkommission wie auch im Stadtparla- ment den Antrag stellte, zwischen dem Ring und dem Wilhelmplatz, im Zuge der Walbertstraße einen schmalen Verbindungsweg zu schaffen. Trotzdem damals sofort seitens des städtischen Bauamtes entsprechende Projekte ausgearbeitet wurden, kam die Angelegenheit nicht vorwärts, weil angeblich die Kirche, d. h. der Bischof von Bres- lau, das schmale Gelände für die Schaffung des Weges nicht hergibt. Wieder ist der sozialistische Antrag an die „zuständigen“ Stellen herausgegangen, ohne daß endlich an die Schaffung des Weges heran- gegangen wird. Aber uns scheint, daß auch hier wie in allen Fällen die Kirche sich den Teufel um die Not der Gewerbetreibenden und die Zeit der Hausfrauen schert, trotzdem der Kirche kein Schaden entsteht.

Öffentl. Volksversammlung!

Mittwoch, den 19. März, 19 Uhr, findet im Saale Roß, Paulstraße, eine

Öffentliche Versammlung

statt. Thema:

10 Jahre nach dem Kapputsch

Referent: Genosse Winterich, Köln.

Wir eruchen die arbeitenden Frauen und Männer, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Hindenburg.

Statt verdientem Wochenlohn — mit dem Gummi Knüttel

Die Fürsorgearbeiter des Wohlfahrtsamtes arbeiten an den Lohn- tagen nur bis 12 Uhr mittags, dann gehen sie geschlossen nach dem Wohlfahrtsamt, um ihren verdienten Lohn in Empfang zu nehmen. Die Zahlung wird durch den in der „Arbeiter-Zeitung“ satfam be- kannten „Menschenfreund“ Stadtobersekretär Augustiniol vor- genommen. Bei der letzten Lohnzahlung wollte dieser „Herr“ seinen Dickschädel durchsetzen und erst die Zahlung um 16 Uhr vornehmen. Die Kollegen bestanden auf sofortiger Zahlung, weil sie nicht Lust hatten, noch einmal nach dem Wohlfahrtsamt den Weg um ihre sauer verdienten Groschen zu machen. Was tat Augustiniol? Er setzte sich ans Telefon und rief um Polizeihilfe. Es währte nicht lange und Banausen erschienen und begannen die Auszahlung des Lohnes mit dem Gummi Knüttel.

Das Vorgehen der Polizei löste unter den Proleten helle Em- pörung aus. Nur gemacht! Es kommt der Tag, wo die Arbeiterschaft in proletarischer Art diesen Leuten den verdienten Lohn aus- zahlen wird.

Die Muder am Werk! Arbeitereltern, aufgepaßt!

Noch ist die Schulentlassung nicht, da versucht schon jetzt das Pfaffen-tum, die Arbeiterkinder, die entlassen werden, in seine Klauen zu bekommen. Wahrscheinlich merkt es die Kirche schon, daß von Tag zu Tag ihrer Schäflein weniger werden. Sie versucht es jetzt auf eine ganz neue Art, Dumme zu fangen, und zwar schiebt sie da den katholischen weiblichen Jugendverein vor. Dieser schiebt im Auf- trage der Kirche an alle Mädchen, die dieses Jahr aus der Schule entlassen werden, folgendes Schreiben:

„Mein liebes Mädel!

Du wirst gern, da Du bald schulentlassen bist, mit Mädchen Deines Alters und Deiner Gesinnung zusammenkommen wollen. Das kannst Du haben! Versuche es einmal und besuche uns am Montag, dem 17. März, nachmittags 5 Uhr, im Gesellschaftshaus, 2. Eingang, 2. Stod.

Der Vorstand

des katholischen weiblichen Jugendvereins.“

Arbeitereltern! Schickt eure Kinder nicht in diese muderischen Vereine, sondern schickt sie in die proletarischen Organisationen, Jung- partaklub und kommunistischen Jugendverband. Laßt sie im Klassenkämpferischen Sinne erziehen. Sie sollen mithelfen an der Ver- wirklichung der Lehren Marx' und Lenins.

Vergnügen der „Roten Funke“

Zur Finanzierung des Reichstreffens der kommunistischen Jugend veranstalten die „Roten Funke“ am 22. März, 20 Uhr, im alten Schützenhaus ein Vergnügen. Zu diesem laden wir die gesamte mit uns sympathisierende Arbeiterschaft ein. Die „Roten Funke“

Kaffels Baumaterialienhandlung als Knochenmühle

In dieser Baumaterialienhandlung sind auf der Malapaner Straße im Eisenlager, auch einige Arbeiter beschäftigt. Diese müssen da schufteln, schlimmer als ein paar Lasttiere. Nicht genug, daß sie schuf- ten, werden sie noch mehr angetrieben durch den Lagerhalter Laubi. Dieser „tüchtige“ Herr sitzt andauernd bei den Arbeitern und treibt sie an. Er besitzt noch die Frechheit, zu sagen: „Bei uns dürfen die Arbeiter nicht faulenzeln.“ Er weiß es wohl nicht, daß die Arbeiter auch sein Gehalt erarbeiten müssen? Wir möchten diesem „Herrn“ raten, selbst mal bei dem schweren Eisen täglich neun Stun- den zu arbeiten, ohne sich mal eine Minute auszuruhen. Dann wird er es wissen, wie „leicht“ die Arbeit ist. Kollegen! Solchen An- treibern müßt ihr das Handwerk legen. Das kann man nur, wenn die gesamte Belegschaft geschlossen gegen die Schikanen ankämpft.

Kündigungen im Haupttelegraphenam

Wie uns mitgeteilt wird, beschäftigt das Telegraphenam, seinen Profit zu vermehrten. Das kann es aber nicht durch Einstellung mehrerer hundert Arbeiter, sondern durch brutale Rationalisierung im Betriebe. Das heißt einen größeren Abbau vornehmen. Der Abbau wurde bereits gemacht, und zwar hat man am Freitag 56 Telegraphenarbeiter gekündigt. Die nächste Kündigung soll am 1. April erfolgen; da sollen weitere 50 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. Man verspricht den Kollegen, sie bei besseren Zeiten wieder einzustellen. Wozu da erst der Abbau? Natürlich werden sie ein- gestellt, nicht aber in den Betrieb, sondern in das große Heer der Erwerbslosen.

Kollegen, protestiert und fordert, daß diejenigen abgebaut werden, die monatlich Tausende von Mark an Gehalt beziehen und keinen Finger dafür krumm machen!

Die künftige Polizeiverwaltung gibt bekannt, daß durch Beschluß des Ministers des Innern vom 20. Februar 1930 — II D 77 (Min.-Bl. S. 181) — mit Wirkung vom 1. Mai 1930 ab alle Polizei- verordnungen, die vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind, außer Kraft treten, mit Ausnahme derjenigen, die die Strom-, Schiffsahrts- oder Hafenpolizei betreffen. Dieser Beschluß bezieht sich auch auf diejenigen vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizeiverordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.

Damen- und Kinderstrümpfe

am billigsten

Kaufhaus Peschka

Hindenburg, Kronprinzenstrasse 297

18. März — der Tag der Roten Hilfe!

Aufruf des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe

An die Werktätigen aller Länder!
Im Zeichen einer heranwachsenden neuen revolutionären Welt begeben die internationalen Massen der Werktätigen am 18. März den Gedenktag an die unsterblichen Helden der Pariser Kommune, denen die historische Aufgabe zuteil, zum ersten Male in der Weltgeschichte den Versuch der Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung durch die Ausrichtung der Diktatur des Proletariats zu wagen.

Dem vorwärtstretenden revolutionären Kampfwillen der werktätigen Massen stellt die Bourgeoisie ihre blutige reaktionäre Offensive entgegen. Mit mittelalterlichen Inquisitionsmethoden, Faschismus, Ausnahmegerichten, Massenerschießungen, mit schrankenlosem Polizei- und Justizterror versucht die kapitalistische Gesellschaft, die revolutionäre Befreiungsbewegung der Arbeiter und Bauern in den kapitalistischen Ländern und der aufständischen Eingeborenen in den Kolonial- und Halbkolonialländern des Imperialismus zu erstickern.

In allen Ländern hat die Bourgeoisie in Gestalt sozial-faschistischer Arbeiterführer die Tölers und Gallies von heute gefunden und überläßt bereitwillig den Macdonald und Fitzgerald die Ausübung der Henkerrolle. Doch ebenso wenig wie Gummiknüppel, Gewehrkugeln, Tränengas und Flugzeugbomben, Galgen und elektrischer Stuhl das erst wieder in diesen Tagen aus Millionen Kehlen Erwerbsloser erschallte Todesurteil des Kapitalismus abwenden können, ebensowenig werden die fieberhaften Rüstungen und Kriegsvorbereitungen, die mahnwichtige Deke zum Kreuzzug gegen die Sowjetunion den Fortschritt des sozialistischen Aufbaus verhindern können.

Mingsum tobt der Klassenkampf unerschütterlich denn ja. Die ununterbrochene Kette der Kämpfe revolutionärer Befreiungsbewegungen fordert täglich neue Opfer. Das Schicksal der niedergeworfenen, im Blute erstickten Pariser Kommunisten wiederholt sich immer wieder. In allen europäischen Staaten, in Nordamerika, in China, Japan, Indien, Indonesien,

Mexiko, Brasilien mordet die Bourgeoisie ohne Unterlaß die heldenhaften revolutionären Kämpfer für die Befreiung vom Joch des Kapitalismus. Die kapitalistischen Gefängnisse sind zum Bersten gefüllt. Noch sind die März-Toten dieses Jahres nicht begraben. Am 18. März, dem Gedenktag der glorreichen Pariser Kommune, müssen die Werktätigen aller Länder einigebend sein, daß sie ihr revolutionäres Ziel um so rascher erreichen, je fester und unspannender sie die gegenseitige Unterstützung durch die wirkliche tatkräftige internationale Solidarität der Werktätigen aller Länder verwirklichen.

Darum ruft die I.R.H. zum 18. März die internationalen Millionenmassen der Arbeiter und Bauern auf, in die revolutionäre Solidaritätsfront, die im Kampfe und in der Hilfsfähigkeit der I.R.H. verflochten ist, einzutreten und mitzukämpfen: Gegen den mörderischen weißen Terror der Bourgeoisie, gegen den Justiz- und Polizeiterror des Kapitalismus, für das freie Arbeitsrecht und volle Amnestie der verfolgten und eingekerkerten proletarischen Revolutionäre, gegen die kapitalistische Ausnahme-gesetzgebung, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, für den Schutz der Sowjetunion.

Die I.R.H. gewährt allen verfolgten proletarischen Klassenkämpfern moralische, materielle und juristische Hilfe, unterstützt die politischen Gefangenen und sorgt für die Angehörigen und Kinder der verfolgten Revolutionäre.

Werktätige aller Länder! Reicht euch in die Kampf- und Hilfsfront der Internationalen Roten Hilfe ein! Stärkt die Bataillone der I.R.H.!

Gebt und sammelt für den Hilfs- und Verteidigungsfonds der I.R.H.!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt!

Das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe.

Terrormaßnahmen gegen den französischen Jugendverband

Paris, 17. März. Die 13. Strafkammer hat fünf Jugendliche sowohl als Verantwortliche des kommunistischen Jugendverbandes Frankreichs als auch als Angehörige Herausgeber der antimilitaristischen Zeitschrift „Le Combat“ vom Juni 1929 zu je zwei Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt. Von diesen fünf Genossen befindet sich nur einer im Gefängnis, da er wegen Teilnahme an der „Verfälschung“ verhaftet wurde. Die anderen vier Genossen sehen ihre revolutionäre Arbeit in der Illegalität fort.

Wenn man berücksichtigt, daß neben diesen Verurteilungen andere Anklagen, dieses Mal in bezug auf die Zeitschrift „L'Avant-garde“, gegen vier weitere Jugendgenossen erhoben werden, die gleichfalls leitende Mitglieder des J.V.F. sind, so kann man den ganzen Zweck der Regierungsmassnahmen begreifen: Es handelt sich um den Versuch, die in der letzten Zeit besonders folgende Aktivität des J.V.F. zu verhindern, indem man ihn seiner Führer beraubt.

Anebelung der griechischen kommunistischen Presse

Athen, 17. März. Die Regierung Benizelos hat die Auslieferung des Zentralorgans der K.P. Griechenlands, „Krisi“ (Krisis), in die griechischen Provinzen und in das Ausland verboten.

Großer Erfolg der K.P. Frankreichs

Paris, 17. März. Gestern fand im Pariser Stadtteil St. Denis eine Stadtratswahl statt, die zu keinem Ergebnis führte, da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt. An der Spitze steht die kommunistische Partei mit 6137 Stimmen, dann folgt die der Republikanischen Vereinigung mit 5327 Stimmen. Es wird noch eine Stichwahl stattfinden.

Vor dem Wahllokal fanden bis in die späten Nachstunden kommunistische Kundgebungen statt. Es kam auch zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Polizeibeamter wurde am Kopf verletzt.

Seit mehr als zwei Wochen spielt sich in St. Denis, dem nördlich von Paris gelegenen roten Arbeiterstadt, ein Kampf ab. Angesichts der verfahrenen Lage, die durch den Verrat und durch den Ausschluß des Bürgermeisters und seines Stellvertreters aus der K.P. entstanden war, hatten die 32 Stadtverordneten, die der kommunistischen Partei treu geblieben waren, den Beschluß gefaßt, ihr Amt niederzulegen, um eine allgemeine Neuwahl zu erzwingen.

Die Regierung hielt die Gelegenheit für günstig, der kommunistischen Partei die rote Stadt zu entreißen, die von der Partei seit dem Jahre 1927 beherrscht wird. Sie hat alle möglichen Manöver und die argsten Druckmittel in Anwendung gebracht, um ihr Ziel zu erreichen.

Sie begann damit, daß sie die Wahlen beschleunigt ansetzte und zu Sonntag, den 16. März, ausrief, um die kommunistische Partei zu überrumpeln. Unter den willkürlichsten Vorwänden behinderte sie die Wahlveranstaltungen der kommunistischen Partei und ließ sogar unter den phantastischsten Begründungen Kandidaten der Partei in Schutzhaft nehmen.

Auch die bürgerlichen Parteien und die Sozialfaschisten im Verein mit den kommunistischen Renegaten, die sich „Arbeiter- und Bauernpartei“ nennen, unternahmen die größten Anstrengungen, um Erfolge zu erzielen. Der Abenteuerer Anard, Leiter der faschistischen Polizeizeitung „La Liberté“, hat gleichfalls in den Wahlkampf eingegriffen.

Unter diesen Verhältnissen führte die kommunistische Partei in St. Denis einen äußerst schwierigen und heftigen Kampf, an dessen Spitze Genosse Jacques Doriot stand.

Der gestrige Sieg der Kandidaten der K.P. Frankreichs bedeutet unter diesen Verhältnissen einen außerordentlich bedeutamen Erfolg der französischen Bruderpartei.

Revolutionäre Kämpfe in China unter dem Sowjetbanner

Räte-macht in neun Provinzen aufgerichtet — Schwere Kämpfe in Kuangschau

Schanghai, 17. März. Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung hat fast alle Sübprovinzen Chinas erfaßt. Rätegebiete gibt es in neun Bezirken, in Ost-Kwantung, Haisung, Hunan, West-Fukien, Südwest-Kwangsi, Nordost-Hunan, West- und Nordost-Hupe, Süd-Kiangsi. Die Räte-macht dieser Gebiete wird von roten Truppen geschützt.

In einer Anzahl von Bezirken wie Nord-Kiangsi, Süd-Hunan, Südost-Hupe, West-Kiangsi, Süd-Hunan, Süd-Kiangsi kämpfen Partisanen um die Räte-macht. In den Räte-gebieten ist ein energischer Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten im Gange: die Pachtverträge werden aufgehoben, Schulden und Steuern annulliert, der Achtstundentag eingeführt, Bauern- und Arbeiterdeputierte geschaffen.

Der Kongreß der chinesischen Rätegebiete, der am 30. Mai zusammentreten wird, soll folgende Fragen behandeln: Die Popularisierung des Rätegedankens, Verstärkung der Partisanentätigkeit, Koordinierung der Tätigkeit der Partisanentruppen mit jener der Behörden der Rätegebiete sowie die der Tätigkeit der Rätebehörden mit der Arbeiterbewegung der Städte. Auf der Tagesordnung stehen auch die Fragen der Wirtschaftskrise, der Hungersnot und der Arbeitslosigkeit, der Frauen- und Jugendbewegung, der Verteidigung der Sowjet-

union, des Kampfes gegen Imperialismus und Fragen der Arbeiter- und Bauerngesetzgebung.

Der Bezirk Lun-tschau in der Provinz Kwangsi, Nähe Indochinas, wo die Räte-macht aufgerichtet und auf Beschluß des Arbeitertribunals die französischen Missionare und der französische Konsul ausgewiesen wurden, wurde von vier französischen Flugzeugen angegriffen, die eine große Anzahl Bomben hinabwarfen.

Im Bezirk Schaschi Jangtsee, wo ebenfalls die Räte-macht aufgerichtet wurde, haben japanische Kanonenboote die roten Truppen Holungs bombardiert.

Kommunistenverhaftungen in Ostland

Reval, 15. März. Nach Blättermeldungen hat die Polizei in Reval und Pernau zwanzig Verhaftungen von Revolutionären vorgenommen, die wegen „Vorbereitung des Umsturzes“ vor Gericht gestellt werden. Einer der Genossen wurde von Lockspekeln in eine Wohnung gelockt und dort angeblickt wegen „Bedrohung“ einer vielfachen Uebermacht von Kriminalbeamten erschossen.



Copyright by Ulls-Verlag, Wien-Vienna.

8. Fortsetzung.

Ich kann meine Neugierde nicht unterdrücken und frage, wer denn Sehnsucht nach mir habe.

Klaus lacht und sagt: „Alle beide.“

„Spaz beißte“, fährt er dann fort, „hast du dich bei Tiebig angemeldet? Du mußt von dort weg. Mir hat die Sache gleich nicht gepaßt. Ich wollte aber nichts sagen. Ich mag die Alte nicht. Sie weint mir zu viel.“

„Ich bin schon weg, ich habe mich dort gar nicht angemeldet. Es wird auch nicht mehr nötig sein.“

Klaus hört aufmerksam zu und überlegt. Dann legt er Schuh und Lappen weg und sagt: „Ich kann ein Lied davon singen, was es heißt, von der Hande gejagt zu werden, trotzdem ich meine Strafe abgemacht habe. Ich kann dir alles nachfühlen. Wenn du keine Nerven dazu hast, dann stell' dich aber lieber gleich. Jetzt kommt du mit einer saulen Ausrüstung und einem blauen Auge davon.“

Anna kommt wieder. Ich weiß nicht, ob sie errät, was wir besprochen, oder ob sie von Martha unterrichtet ist. „Slopf also weder hier, Hans, gibst du gefangen.“

Mir wird wieder die Luft so knapp. „Wenn es dir recht ist, Anna, dann schlafe ich wieder hier. Gib mir so lange meine alten Papiere wieder und steck die hier weg, damit ich keinen Unjug mache. Ich möchte einmal richtig schlafen.“

Anna sieht Klaus an. Der bleibt jedoch still. Dann sagt sie: „So, stop di wan noch mol bi mi ut, mitn Jung. Wenn ich dat wüßt ha, ha ik di nich wegloten. Utrüden laßt immer noch.“

— Ku mak bi moln beten in die Reich. As jon oll Venner laßt nich mitgohn. Würst di rein und puh dien Schuh, ich hol dir von Georg 'n Hemd und Kragen.“

Das war jener Ton, auf den es keine Widerrede gibt. Ich habe auch kein Bedürfnis, zu widersprechen.

IV.

In der Zeitungsplantage stehen Menschen um einen Verwundeten, einen der ersten in der Stadt. Er trägt den Arm in der Schiene, liest die Kriegsberichte. Namur ist gefallen, Brüssel befehlt, die Maas an vielen Stellen überschritten. Ein Herr im eleganten Sommerpaletot jagt zu dem Krieger: „Das soll uns erst einmal einer nachmachen, was?“

Als der Soldat nur kurz auf ihn hört, und dann, ohne zu antworten, weiterliest, fährt der Herr fort: „Hande die! Die müssen sie austrüchern wie die Wanzen.“ Er sieht, daß der schweigsame Soldat die Berichte von den Greueln der Belgier liest, die sie an harmlosen Soldaten verübt haben sollen, von den Niedermelungen der braven ostpreussischen Bevölkerung durch entmenschte Kosaken. Aber der Mann bleibt stumm, trotzdem aller Augen auf ihn gerichtet sind. Dann dreht er sich um, überfliegt rasch die neugierigen Zuschauer und geht fort.

„Dem ist scheinbar auch beim ersten Schuß das Herz in die Hosen gerutscht!“, sagte der seine Herr — aber niemand lacht.

Ich gehe hinter dem Feldgrauen her, an ihm vorbei und schaue ihm ins Gesicht.

Ich möchte mit ihm sprechen, weiß aber nicht, wie ich beginnen soll, und bemerke: „Die haben gut reden.“

Er mustert mich kurz und durchdringend, als wäre er in Feindesland und hätte Angst vor Spionen. „Räuber-geschichten! Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Von den Leichenhaufen der unsrer schreiben sie nicht.“ sagt er und biegt ohne ein weiteres Wort und ohne Gruß in eine Nebenstraße ein.

Ich denke an Georg und Tetsche, und deswegen verschweige ich vor Anna, was mich so aufwühlt, und sie wundert sich, daß ich so ganz ohne Freude bin über mein letztes „Glück“.

Ich komme vom Bezirkskommando.

„Wo kommen sie jetzt her?“ fragte man mich. Da erzählte ich meinen Roman von dem Besuch in der Heimat, den gestohlenen Papieren und daß man mich in Nürnberg hinauswarf und mir sagte, daß ich zu meinem zuständigen Bezirkskommando gehen solle.

„Unverständlich, ganz unglaublich!“ jeterete ein nervöser Feldweibel. Ich bleibe stumm und benehme mich, eingehend der Instruktion von Klaus, biß wie ein Soldat. Ein Schreiber notiert alle von mir gegebenen Aussagen und gibt mir eine Be-

scheinigung, daß ich vorchriftsmäßig gemeldet bin. „Das Weitere wird sich finden!“ Ich hätte in der Tat Grund dazu, mir lachend die Hände zu reiben. Und Anna hat Recht, ich bin ein rechter Trauertroß.

Aber Anna kann eben auch nicht alles wissen. Sie hat nicht gehört, was wir „Männer“ tags zuvor in Ohlsdorf besprochen, als die Frauen zurückblieben.

„Der Krieg“, sagt Alfred, „wird furchtbar werden, der Ein-satz ist zu groß. Die ganze Welt ist gegen Deutschland, und auf die Dauer erdrücken sie Deutschland einfach. Sie wollen doch alles bezahlt haben, und das kann ja niemand bezahlen. Und dann ist ihnen der Ramm geschwollen. Jetzt, wo sie bald ganz Belgien besetzt haben, kommt unserer Kapitalisten der Appetit auf dieses reiche Land. Und die Engländer werden alles daran setzen, daß der deutsche Militarismus nicht in den Himmel wächst. England und Frankreich bringen die Truppen langsam auf die Beine, aber sie bringen sie auf die Beine, und sie bringen, von den übrigen gar nicht zu reden, mehr auf die Beine. Und dann werden die Lebensmittel knapp, sie haben uns ja richtig in einem Kessel, und beherrschen die See.“

Das ist es ja,“ meinte er dann mit Nachdruck, „das alles hat man doch kommen sehen, schon seit Jahren. Hat immer wieder betont, daß der Brand über die Erde unvermeidlich ist, wenn das internationale Proletariat den Brandstiftern das Handwerk nicht legt. Wo ist jetzt die Internationale? Die deutsche Sozialdemokratie hat ihr den Krieg erklärt. Sie ist tot. Wir müssen wieder ganz von vorn anfangen.“

Klaus vergißt ganz, daß seine Zigarette zwischen den Lippen verglimmt und spuckt mit einem Male verzwweifelt. Dann meint er: „Aber das heben die doch hoch doch auf wüßt, wotau heben wir denn wüßt? Sünd dat Inder Lumpen? Man könnt jo rein verzweifeln.“

„Das nicht“, sagt Alfred, „aber die Menschen leben sich langsam in eine ganz andere Welt. Man braucht ja, wenn man in der Partei etwas werden will, kein Sozialist zu sein. Die Haupt-sache ist, man schreit recht laut davon. Und wenn man sich das überlegt: Wenn die Partei gegen den Krieg aufgerufen hätte, dann wäre sie verboten worden, aufgelöst, und alle Führer müßten gewärtig sein, kriegsgerichtlich abgerichtet zu werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Niederschlesien

Görlich

Diktator Aquith abgetrumpft

Von einem Arbeiter, der in der W u m a g, Abteilung Maschinenbau, beschäftigt ist, wird uns folgendes berichtet: Der Betriebsleiter Aquith ist der berufene Mann, die Rationalisierung in unserem Betriebe durchzuführen. Da ihm die Anweisungen der Direktion an sich selbst noch nicht rational genug erschienen, versucht dieser Mensch in seiner Eigenschaft als Betriebsleiter, besondere scharfmacherische Bestimmungen zu treffen. Am Dienstag wurde ein Anschlag angebracht, unterzeichnet „Aquith“, der richtig die arbeiterfeindliche und provozierende Einstellung dieses Angestellten zeigte. (Etwas anderes als ein Angestellter sind Sie nicht, „Der Betriebsleiter“!) In dem Anschlag wurde den Kranführern bekanntgemacht, daß bei Erkrankung eines Kranführers die Stelle von Leuten der Postkantine besetzt wird. Mit Wiederaufnahme der Arbeit entscheidet die Betriebsleitung (gemeint ist damit er, der „Betriebsleiter“ Aquith), ob der Kollege wieder als Kranführer verwendet wird oder nicht. Diese Maßnahme würde eine Zurücksetzung für den betreffenden Kollegen bedeuten. Es hat sogar den Anschein, als wenn dieser rationale Herr jeden Kranken als Faulenzer anspricht, und ihn dafür, daß er sich im Betriebe die Knochen abgeschunden hat, bestrafen wolle. Auf die Beschwerde der Kollegen antwortete Aquith: „Die Leute können ja streiken, wenn sie wollen.“ Die genannten Kollegen der Abteilung Dreherei erklärten sich aber mit den Kollegen, die an den Fräsen beschäftigt sind, solidarisch und drohten mit Arbeitsverweigerung. Die Betriebsleitung wurde bei der Direktion vorstellig, und diese veranlaßte die Entfernung des Aushänges.

Nur durch das geschlossene Auftreten der Kollegen ist es möglich gewesen, die angeordnete Verschlechterung abzuwehren. Die Betriebsleitung wird erneut versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es ist notwendig, daß die Kollegen zur Betriebsratswahl nur rote Kandidaten aufstellen.

Die Schaffung eines revolutionären Betriebsfunktionärkörpers ist die beste Waffe gegen die verheerendsten Angriffe der Unternehmer auf die Lebenshaltung der Werktätigen.

Vom „Internationalen Bund“

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Görlich, veranstaltete im Konzerthaus eine öffentliche Versammlung. Der Gauleiter, Genosse Weiden, sprach über das Thema: „Rentenabbau und Sozialreaktion“. Der Referent wies in seinen Ausführungen auf die ungeheure Ausplünderung der wertvollen Kräfte durch die bürgerlich-reaktionäre Koalitionsregierung hin. Er zeigte auch die bereits vorgenommenen und noch zu erwartenden Verschlechterungen auf sozialpolitischem Gebiet. Sein Vortrag fand aus in der Wohnung, sich einzureihen in die Organisation, die auf dem Boden des Massenkampfes steht: den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Neben Ein- und Uebertritte aus anderen Organisationen in den Internationalen Bund erteilt jede Ortsgruppe Auskunft. Davon sind einige Geschäftsstellen im Gaubereich Schlesien folgende:

- Görlich, Reichstraße 1 — Breslau, Schulstraße 33 — Weißwasser O., Jahnstraße 59 — Beuthen, Bezirk Liegnitz, Würdiger Straße 23
- Lauban, Nikolaipfad 11 — Neitzsch O., Heiße Straße 17 — Liegnitz, Pannmühlstraße 15, III. — Gottesberg, Schützenstraße 75 — Gleiwitz, Klosterstraße 21 — Hindenburg O., Baumannstraße 11 — Kauscha O., Schwarzer Weg 210 — Waldenburg-Altmaier, Charlotten-Kunmer Straße 99 — Rauden, Bezirk Breslau, Gartenstraße 11
- Girischberg, Schützstraße 43 — Mieschowitz, Kufnachstraße 9 — Friedland, Bezirk Breslau, Geschäftsstelle Hochstraße 18 — Josten, Bezirk Breslau, Geschäftsstelle Ströbel 411 D. — Laband O., Geschäftsstelle Weidstraße 1, D. — Rauden, Bezirk Breslau, Geschäftsstelle Jungferstraße 24, D. — Rastau O., Geschäftsstelle Baupener Straße

Nr. 127 b — Doherswerda, Geschäftsstelle Schillerstraße 10 — Kreuzburg O., Geschäftsstelle Neuhofstraße 4 — Weiskopf O., Geschäftsstelle Hauptstraße 3 — Landeshut O., Geschäftsstelle Friedrichstraße 12 — Langwallerdorf, Geschäftsstelle Dorfstraße 82.

Vom Schwurgericht

Das Schwurgericht verurteilte am Montag den Eisenbahn-Hilfsjungen Friedrich Langner von hier wegen verurteilten Totschlags zu sechs Wochen Gefängnis. Langner hatte in der Nacht zum 1. Januar dieses Jahres sich und das in die Ehe mitgebrachte Kind seiner zweiten Frau durch Gas zu vergiften versucht. Mildernde Umstände wurden vor allem wegen der großen wirtschaftlichen Not des Angeklagten zugewilligt!

Grünberg

Der Frauenmörder beinahe gelichtet

Der Mörder der Ehefrau Simon, der bereits in der Nacht zum Freitag verhaftet worden war, als er in ein Wäschegeschäft einbrechen wollte, wäre von der Menge beinahe gelichtet worden. Am Montag fand man die der Ermordeten geraubte Strickweste in seinem Strohsack im Gefängnis versteckt auf.

Bunzlau

Da ist man platt

Eine einfach lächerliche Ursache hatte eine Berufungsverhandlung, die am Montag die kleine Strafkammer beschäftigte. Der Arbeiter Erich Knobloch aus Gersdorf a. D. hatte u. a. wegen Sachbeschädigung vom Amtsgericht eine Geldstrafe von 2 Mark erhalten. Nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches gilt Sachbeschädigung als Vergehen. Bei Vergehen beträgt aber die Mindeststrafe 3 Mark. Wegen dieses „Irrtums“ des Richters hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, auf die hin das Berufungsgericht nun die Strafe „gefehmäßig abänderte“ und auf 3 Mark erkannte. Kommentar überflüssig!

Goldberg

Sturz aus dem Fenster. In Wolfsdorf stürzte in Abwesenheit der Mutter das dreijährige Kind des Ackerkutschers Winkler aus dem Fenster des zweiten Stockwerkes. Es erlitt schwere Verletzungen.

Liegnitz

Rote Hilfe tut not

Vor einem Jahre wurde unser Genosse Julius Töpfer mit seiner Frau verhaftet. Man legte ihm „Vorbereitung zum Hochverrat“ zur Last. Monatlang mußte er in Untersuchungshaft sitzen. Seinen Geburtstag am 11. April mußte Töpfer hinter Kerkermauern verbringen. Die R.H.-Kapelle brachte ihm abends ein Ständchen. Dieses Ständchen wurde spontan zur machtvollen Protestkundgebung gegen die Schandjustiz. Etwas verspätet traf das Ueberfallkommando ein. Aus Rache wurde Genosse Töpfer am nächsten Tage nach Breslau übergeführt. Drei Zivilbeamte, mit schweren Eichenknüppeln bewaffnet, waren seine treuen Begleiter. Nach neun Tagen wurde seine Frau entlassen. Die Möbelpolitik, von deren Verkauf beide lebten, hatte man beschlagnahmt, und damit der Frau jede Verdienstmöglichkeit genommen. Jetzt setzte die Hilfsaktion der Roten Hilfe ein und schützte die Frau vor der größten Not. Am 22. Oktober erfolgte die Verurteilung vor dem Reichsgericht zu 15 Monaten Festung und 100 Mark Geldstrafe. Man hatte es eilig. Kurze Zeit später mußte die Strafe schon angetreten werden, galt es doch, einen klassenbewußten Kämpfer unschädlich zu machen. So sieht nun unser Genosse jetzt bereits einige Monate hinter Festungsmauern, zusammen mit unserem Genossen Artur Dombrowski.

Während man den Grafenmörder Stolberg und unzählige Femebanditen in Freiheit läßt, sperrt man aufrechte Arbeiter, wie auch den Genossen Dengler-Görlich, auf Jahre ins Zuchthaus. Für uns Arbeiter kann es nur eine Parole geben: „Heraus mit den proletarischen Gefangenen.“ Unterstützt die Amnestiebewegung der Roten Hilfe und werdet Mitglied derselben. Rote Hilfe tut not!

Bonzehke in Bauarbeiter-versammlung

Zu der Versammlung war diesmal ein Oberbonze erschienen, um die Liegnitzer Bauarbeiter einzuflehen. Die oppositionellen Kollegen hatten einen Antrag gegen den Ausschluß Bollwebers sowie aller oppositionellen Kollegen eingebracht. Das war dem Oberbonzen und dem Bonzen Hoher-Liegnitz doch zuviel, und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Heerkräften nahmen sie dagegen Stellung. Durch die Stimmenthaltung vieler Kollegen, die innerlich auch oppositionell sind, wurde der Antrag abgelehnt. Die Bonzen wurden nun noch viel frecher, indem man einem unserer Genossen den Ausschluß androhte und dem zweiten das Nebenverbot. Ja, Kollege Hoher, das sind faschistische Methoden, um die Opposition mundtot zu machen, aber wir erklären: euch wird es nie gelingen, die Kollegen werden euren Weg erkennen und euch doch eines Tages zum Teufel jagen.

Betrifft Hauszinssteuer. Alle Anträge auf Ermäßigung der Hauszinssteuer müssen bis 31. März mit neuen Formularen im Büro Goltberger Straße erst. uert werden.

Anmeldungen zum weltlichen Schulunterricht für Eltern können im Volkshaus gemacht werden. Pflicht aller Arbeitereltern ist es, ihre Kinder in die Sammelklassen der Steinwegschule zu schicken, denn nur der zahlreiche Besuch ermöglicht es, die Klassen über fünf zu erweitern.

Die Märzgefallenfeier der Roten Hilfe findet Freitag, den 21. März, im Wintergarten um 20 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt ein Drama in vier Akten, „Nia i Justitia“, Musik, Registrationen um. Eintritt 30 Pf. Massenbesuch wird erwartet.

Aus dem Riesengebirge

Um die Gasterversorgung. In Kaufung wurde ein Vortrag über dieses Thema gehalten; wenn es möglich ist, will man Verzweigungen von Grunau bis Schönau-Kaufung oder Landesbüh-Schönau vornehmen. Doch muß man jetzt erst berechnen, ob dabei genügend Gewinn abfällt. Die Arbeiterschaft wie auch andere Kreise haben nur dann Nutzen, wenn sich das Ferngas zu Koch- und Heizwecken billiger stellt. An die Mitglieder der SPD. glauben wir nicht, denn es wird wie immer sein: die Waldenburger Kohlenbarone werden den Gewinn ein, ihre Arbeiter aber gehen leer aus.

Eisenbahner!

habt Ihr schon eine Delegation zur Bezirkskonferenz am 23. März in Oppeln gewählt? Wenn nicht, dann heißt es:

Sofort nachholen!

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 19. März. 12.30: Bremerhaven: Ausreise des Lloyd-Dampfers „Europa“ zur Jungfernfahrt nach New York. • 15.30: Kennst du das Land. Goethes Gedicht im Spiegel hundertjähriger Kompositionen. Witw. Paula Gutman (Gopran). • 18.30: Konzert des „Cicero“-Salon- und Jazzorch. • 17.30: Oberstudienratin Anna Schmitt: Welche Berufe stehen den Absolventinnen der Untersekunda offen? — Fr. Schmitt, A. Hinder: Werkwürdige Brut und Leben. • 18. Dr. Schöhl, A. Hinder: Werkwürdige Brut und Leben. • 18.15: Gleiwitz: W. Nagel: Hund um D.S. pflanze bei Tieren. • 18.45: Toni Zimmer: Schatz der ar. Kommunale Tagesfragen. • 18.45: Toni Zimmer: Schatz der ar. werkliden Kinderarbeit. • 19.15: Schallplatten. • 20: Dr. Naphtali: Der Kampf um die öffentliche Wirtschaft. • 20.30: „So oder nicht so?“ Eine Kabarett-Folge von Axel Arheus. • 22.35: Dr. Epstein: Aufführungen der Breslauer Oper.

Donnerstag, 20. März. 9.05: Schallplatten. • 18: Bäckerkunde. • 16.30: Konzert. Berlioz: Duo zu „Röng Lear“. — Bruch: Die Lorelei. — Henschel: Margenlinie. — Hermann: Mahnung. — Ebelius: Minilandia. — Synophon. Dichtung. — Nachmannoff: „Du wogendes Feld“. — Pflüger: „Hilf Dir die Liebe be- rühren“. — Raun: Dohelm. — Eierlein: Vorspiel i. Op. „Seln- lied“. • 17.30: Schuhmachermeister Sobotta und Schuhmacher- meister Wagner: Umgekehrt wird ein Schuh drauß. • 17.50: Prof. Dr. Stumpp: Wanderung auf den Mond. • 18.10: Dr. Stumpp: Simelebeobachtungen im März. • 18.15: Prof. Dr. Komolich: Alt-Merito und die Kultur der Maya. • 18.45: Wettstreit der Tanzorchester (Schallplatten). • 19.40: Wie lage ich es meinem Mitraschon? Dreigespräch zwischen: Ulma Mändel- berg, Int. Büchhoff, Dr. v. Grumbkow. • 20.15: Konzert. Strahms- gelang der Parzen. — Feger: Requiem. — Brahms: Symphonie Nr. 2 in D-dur. • 21.35: Ulma Mändelberg spricht. • 22.40: Lantamuff.

Freitag, 21. März. 16: Elisabeth Darge: Die Frau von morgen — wie der Mann sie will. • 16.30: Kammermusik. Scarlatti: Vier kleine Stücke. — Mozart: Variationen über das Lied „Ah vous le dirai“. — Mendelssohn: Overt für vier Violinen, zwei Bratschen und zwei Celli. — Hindemith: Vier kleine Stücke. — Arenski: Maria a. d. Sonate Op. 59. • 17.45: Schmittbus und der Zeitungsentel. • 18.10: E. Frechlich: Wadenbein und Früh- lingsanfang. • 18.20: Gleiwitz: Jnip. Brenner: Der Einfluß der Frostschäden auf die Entwicklung des Obstbaues. • 18.40: Senats- präsident Dr. Niedinger: Juristisches Recht und Volksrecht. • 19.05: Wadenbein. Oberlassen der Rastbarmer Schule. Schabel: Sonne. — Schubert: Der Lindenbaum. — Das kleine Tal. Volkslied. — Jodel: Sommernacht auf der Waldwiese. — Jodel: Schwinge dich auf. — Romberg: Hölzer Friede. — Jodel: Es lächelt der See. — Strauß: Um der schönen blauen Donau. Walzer. • 19.35: Rechts- anwalt Burckard: Die Dedung des landwirtschaftlichen Saisonarbeiter- bedarfs in Schlesien. • 20: Berlin: Frühling der Großstadt. • 21: Gegenwarts-Kompositionen. • 22.30: Reichsstadtgericht.

Sonntag, 22. März. 15.40: Prof. Dr. Schöff: Der greife Goethe. • 16.05: Esperanto. • 16.15: Schallplatten. • 17.15: Die Filme der Woche. • 17.40: Zum Tag des Bundes. • 18.15: Bäckerkunde. • 18.40: Französisch für Anf. • 19.05: Abendmusik. Mitterberg: Suite Nr. 5 für kleines Orchester. — Nemann: Hirten- musik. Gavotte: Zwei Elegien für Streichorchester: Es war einmal. Elegie. Thomas: Serenade für kleines Orch. • 20.15: Volkslied. Lohrer: Beteiligung von Rundfunkbüchungen. • 20.30: Zu Goethes Todestag: 100 Jahre Romantische Romane auf Worte von Goethe für zwei Solostimmen. Chor und Blasorchester, von Gert. Streda. (Ursendung). • 21: Berlin: Feiterer Wochenklub. Conference: Willi Schäffers. • 22.30: Berlin: Tanzmusik.

Stadttheater

Schweidnitz

Dienstag, 18. März
abends 8 Uhr
Ehrenabend
Kapellm. R. Antilbel
Der Kellner
Freitag, 21. März
abends 8 Uhr
Die schöne Helena
Sonnabend, 22. März
abends 8 Uhr
Wohltätigkeitsvorst.
... Vater sein
dagegen sehr
Sonntag, 23. März
nachm. 1,4 Uhr
Die schöne Helena
abends 7/8 Uhr
Die schöne Helena

Pfänderversteigerung

im Versteigerungssaal
Berliner Platz 2
am Donnerstag, dem 27. März
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 89 000
gelbe „ „ „ 45 500
Gemeinnütziges Pfandleihhaus
der Stadt Breslau G. m. b. H.
E m e s s, Direktor.

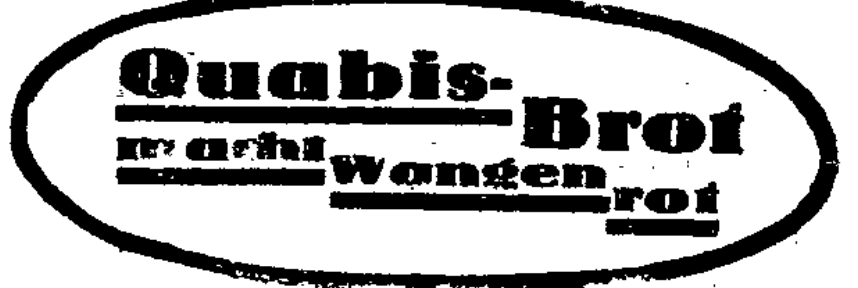
Aus Heeresbeständen

Neue Militär-Hemden (groß) . . . M 1,50
Neue Militär-Unterhosen . . . M 1,—
Neue Tricot-Unterhosen . . . M 1,—
Militär-Entlassungszugänge, dreiteilig,
besonders starke Qualität für
Arbeiter . . . M 6,— u. 9,—
Neue Militär-Mützen . . . M 0,55
Militär-Schürschuhe, inst. gef. . . M 3,75
Militär-Schuhstiefel, inst. gef. . . M 4,75

Siegmund Schwarz

G. m. b. H.
Verkaufsstelle Gleiwitz OS.
Tarnowitzer Straße 2

Überall erhältlich Überall erhältlich



Überall erhältlich Überall erhältlich

Es heißt sparen, darum besorgen Sie Ihre Lebensmittel bei:

Karl Freitag

vorm. P. H. Grosch
Gleiwitz :: Turmstr. 4-6

Sie werden gut bedient und erhalten nur beste Ware zu niedrigsten Preisen.

Gr. Vikt.-Erbsen Pfd. 22	Backobst Pfd. 65, 55
Geschälte Erbsen „ 33	Pflaumen Pfd. 50
weiße Bohnen „ 30	Apfelscheiben „ 90
Eier-Nudeln „ 55	Feigen „ 35
Makkaroni „ 60	Datteln „ 65
Linzen „ 30	Böhmische Birnen „ 45
Vollreis Pfd. 27, 22	geschälte Birnen „ 95

Allerfeinste Bratheringe, 3 Liter 4,10, 1 Liter 0,75
Roll-u. Bismarckheringe Box 0,95, Noring in Gel. 0,90
Harzer Käse, Kiste 3 Pfund netto, 1,05

Wir möchten Ihnen
Schönlain mit uns

10000
gefüllte Pfannkuchen?
Gratis

erhält zur Einführung vom **18.-20. März** jeder Käufer
meines bereits bekannten und sehr gut schmeckenden
PEWE-Delikatess-Schwarzbrot
3 gefüllte Pfannkuchen
in den unten genannten Geschäften, solange der Vorrat reicht.
Ein ganzes Brot kostet nur 30 Pf.
leicht verdaulich.
Auf schriftlichen Wunsch sende ich **Gratis** Kostproben frei
ins Haus. Bitte versuchen Sie es!

Webs Konditorei / Café
Dampfbäckereibetriebe
Gleiwitz / Telefon 5126

Konditorei: **Niederwallstr. 7** (am die Ecke Barasch)
Eigene Verkaufsstellen:
1. **Wilhelmstraße 5** (gegenüber Kießling)
2. **Rathborerstraße 2** (im Hause Gmyrek)
3. **Eberstraße 26** (gegenüber Maschinenbauschule)

Ferner erhältlich bei:
Keller, Zabrzer Straße 18
Konsumentenverein, Zabrzer Straße 22
Dobst, Hiltensstraße 6
Huckenberg, Barbarstraße 51
Stefan, Bergwerkstraße 33a
Konsam, Hardenbergstraße
Rasmann, Stadtwaldstraße 33
Gaida, Grünwaldstraße 5
Glogowski, Tarnowitz Landstr. 72
Katzora, Tarnowitz Landstr. 26
Giemsa, Lindenstraße
Aplé, Johannstraße
Bock, Toster Straße 27
Hussa, Postkampstraße 8
Hoidinger, Rybniker Straße 24
Lutz, Rybniker Straße 34
Konsam, Friedrichstraße
Russin, Moltkestraße 31
Weiß, Raudener Straße 28
Maia, Gustav-Freitagstraße

Wohltätige Verkaufsstellen auch auswärts gesucht.